

Heft des Handelns

Tätigkeitsbericht 2013



Bundesverband
Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V.

Inhalt

Vorworte	3	2.2.7 Rheinland-Pfalz	26
Organigramm	5	2.2.8 Saarland	27
1 Struktur und Organisation	6	2.2.9 Sachsen	28
1.1 Organe	6	2.2.10 Thüringen	29
1.2 Bundesvorstand	6	2.3 Tochtergesellschaften	30
1.3 Delegiertenversammlung	7	2.3.1 Eduard-Knoll-Wohnzentrum GmbH	30
1.4 Geschäftsstellenleiter	7	2.3.2 BSK-Reisen GmbH	30
1.5 Aufgaben	7	2.3.3 Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung gem. GmbH	31
1.5.1 Aufgaben des Bundesvorstandes	7	2.4 Verbundene Gesellschaften	33
1.5.2 Aufgaben der Delegiertenversammlung	7	2.4.1 Hohenloher Integrationsunternehmen GmbH	33
1.5.3 Aufgaben des Geschäftsstellenleiters	8	2.4.2 Elsa-Krauschitz-Stiftung	33
1.6 Wahl der Organe	8	2.5 Experten	34
1.7 Vergütungen	8	2.5.1 Hendrik Grützner	34
1.7.1 Hauptamtliche Mitarbeiter/-innen	8	2.5.2 Marianne Jordan	34
1.7.2 Ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen	9	2.5.3 Manfred Liebich	34
1.8 Personalstatistik des BSK e.V.	9	2.5.4 Peer Maßmann	35
1.9 Tochtergesellschaften des BSK e.V.	9	2.5.5 Christian Steinmann	35
1.10 Verbundene Gesellschaften des BSK e.V.	9	2.5.6 Gerd Strombach	36
1.11 Untergliederungen des BSK e.V.	9	2.5.7 Michael Wolter	36
1.12 Beziehungen zu anderen Organisationen	9	2.6 Rechtsberatung	37
1.12.1 Mitgliedschaften	9	2.6.1 Franziska Benthien	37
1.12.2 Kooperationen	9	2.6.2 Dr. Annette Corinth	37
2 Bundesverband	10	2.6.3 Dr. Oliver Tolmein	37
2.1 Jugend & Soziales	10	2.6.4 Erbrecht und Vorsorge	38
2.1.1 Jugendarbeit	10	3 Wirtschaftlicher Bericht	39
2.1.2 Beratung und Untergliederungen	11	3.1 Vorbemerkung	39
2.1.2.1 Treffen d. Vorsitzenden bzw. Leiter/-innen der BSK-Landesverbände, Landesvertretungen mit dem Bundesvorstand	11	3.1.1 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	39
2.1.2.2 Bereichsleitertagung	11	3.2 Bilanz (Aktiva/Passiva)	40
2.1.2.3 BSK-Experten/-innen	11	3.3 Gewinn-/Verlust-Rechnung	42
2.1.2.4 Schulungen in Süd- und Norddeutschland	12	3.4 Vier-Sparten-Rechnung	43
2.1.3 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	12	3.4.1 Gewährte Zuschüsse	44
2.1.3.1 Sozialpolitische Arbeit	13	3.4.2 Erhaltene Zuschüsse	45
2.1.4 Kommunikation und Medien	14	3.5 Interne Kontrollmechanismen	45
2.1.5 Mitglieder- und Spenderservice	15	3.6 Grundsätze für Finanzanlagen	45
2.1.5.1 Mitgliederstatistiken	17	4 Ausblick für das Jahr 2014	46
2.1.5.2 Ehrungen und Jubiläen	18	Impressum	47
2.1.6 Zentrale Dienste	19		
2.1.7 BSK Repräsentanz Berlin	19		
2.1.8 Gesundheitspolitik	20		
2.1.9 Projektarbeit	21		
2.2 Landesverbände/Landesvertretungen	23		
2.2.1 Baden-Württemberg	23		
2.2.2 Bayern	24		
2.2.3 Berlin	24		
2.2.4 Hessen	25		
2.2.5 Niedersachsen	25		
2.2.6 Nordrhein-Westfalen	25		

Vorwort des Bundesvorsitzenden



Gerwin Matysiak
Bundesvorsitzender

Liebe Leserin, lieber Leser!

für mich als Bundesvorsitzender – und das Gleiche gilt natürlich auch für meine Kolleginnen und Kollegen im Vorstand – ist die jährliche Delegiertenversammlung der Höhepunkt der ehrenamtlichen Tätigkeit im BSK e.V. Dieses Gremium gewährleistet die kritische Überprüfung unserer Arbeit.

Das Jahr 2013 bescherte dem BSK viele interessante Aufgaben. Dazu gehörte auch, die vielen Wahlen von der Kommunal- bis zur Europawahl kritisch zu begleiten, um den Interessen von Menschen mit Behinderung Aufmerksamkeit zu verschaffen und in dieser Hinsicht den politischen Willensbildungsprozess voranzutreiben.

Der BSK konzentriert sich vor allem auf seine Schwerpunktthemen Barrierefreiheit, Gesundheit und Bewusstseinsbildung. Als Beispiel sei das Thema Barrierefreiheit in Fernbussen genannt, das der BSK zum Thema gemacht hat und intensiv weiterverfolgt.

Eine wichtige Rolle in der vielfältigen Arbeit unseres Verbandes spielt natürlich die Beratung, sowohl auf lokaler und regionaler, als auch auf bundespolitischer Ebene. Hier leisten sowohl der Bundesverband als auch seine Untergliederungen vielfältige und wichtige Arbeit für Menschen mit Behinderung.

Auf der politischen Ebene haben wir u. a. mehrere Berliner Dialoge mit Politikerinnen und Politikern unterschiedlicher Parteien geführt. Gerade im Wahlkampf haben wir den Parteien Wahlprüfsteine zugeschickt, um die Berücksichtigung unserer Belange zu erfragen oder anzustoßen. Dies bot auch eine gute Gelegenheit, um auf uns aufmerksam zu machen. Aufmerksamkeit verschaffte uns unser Stand in Berlin anlässlich der 5.-Mai-Aktionen sowie Redebeiträge am Brandenburger Tor und vor dem Bundeskanzleramt.

Durch unsere Mitarbeit im Vorstand der BAG Selbsthilfe und auf allen Ebenen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sind wir auch im sozialpolitischen Bereich mit unterschiedlichen Personen des Vorstandes vertreten. Dasselbe gilt z. B. auch für die Nationale Koordinationsstelle Tourismus für Alle e.V. (NatKo) oder das Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit (BKB). Nicht vergessen werden sollte auch die seit 2013 neue

Mitarbeit im Hauptvorstand der Deutschen Vereinigung für Rehabilitation (DVfR) oder im Kuratorium der Aktion Mensch. Auch das sind zwei Positionen, in die wir als BSK-Vertreter/-innen von anderen Vereinen oder Organisationen hineingewählt wurden.

Wie in den Vorjahren auch stand der intensive Kontakt zu unseren Landesvorsitzenden bzw. Landesvertretern/-innen, Experten/-innen oder Bereichen beständig auf unserer Tagesordnung. Öffentlichkeitsarbeit durch Messen wie die REHACARE, die Publikation unseres Verbandsmagazins LEBEN&WEG sowie Pressemitteilungen rundeten unsere Arbeit ab. Genaueres ist dem nachfolgenden Bericht zu entnehmen.

Ein Dank gilt besonders den BSK-Mitgliedern sowie den Unterstützerinnen und Unterstützern, die dafür gesorgt haben, dass es für uns alle ein erfolgreiches Jahr im BSK wurde.

Ich freue mich, wenn Sie unserem Tätigkeitsbericht Ihre Aufmerksamkeit schenken.



Ihr
Gerwin Matysiak
Bundesvorsitzender

Vorwort des stellvertretenden Vorsitzenden der Delegiertenversammlung



Matthias Krasa
Stellvertretender Vorsitzender
der Delegiertenversammlung

Liebe Leserin, lieber Leser!

Wie in Norddeutschland üblich, begrüße ich Sie an dieser Stelle mit „Moin, moin!“ Ich bin der stellvertretende Vorsitzende der Delegiertenversammlung und durfte diese 2013 in Vertretung der Vorsitzenden Romy Pötschke leiten.

Mitglied des ehemals Vertreterversammlung genannten Gremiums, das heute Delegiertenversammlung heißt, bin ich bereits seit 2008 als Vertreter für Schleswig-Holstein. Am ersten Tag der Delegiertenversammlung bot sich uns die Möglichkeit, einen Einblick in die Arbeit und die Aufgaben der NatKo (Nationale Koordinationsstelle Tourismus für Alle e.V.) zu bekommen, in der auch der BSK vertreten ist. Hierbei ist besonders erwähnenswert, dass die NatKo sich mit mehreren Verbänden über die Auszeichnung mit Symbolen für Barrierefreiheit geeinigt hat.

Zusätzlich wurde auch ein einheitlicher Fragenkatalog zur Barrierefreiheit entwickelt. Auch die Bilanzen 2012 und der Finanzbericht des BSK e.V. mit seinen Gesellschaften und Beteiligungen haben auf der Delegiertenversammlung immer eine besondere Bedeutung. Dass diese Tagesordnungspunkte den meisten Teilnehmenden besondere Konzentration abverlangen, ist sicherlich für jeden nachvollziehbar. Doch der Vortrag zu den Bilanzen 2012 und der Finanzbericht sind in einer Form aufbereitet worden, dass sie auch für Personen verständlich und nachvollziehbar waren, die sich nicht regelmäßig mit dieser Thematik auseinandersetzen. Dafür geht mein Dank an die Solidaris Revisions-GmbH.

Die Delegiertenversammlung sprach der Geschäftsstelle und dem gesamten Bundesvorstand für das Jahr 2012 ihren Dank für die geleistete Arbeit aus. Anschließend wurde der Bundesvorstand für seine Arbeit entlastet und die Bilanz 2012 genehmigt.

Ein Kuratoriumsmitglied für die Elsa-Krauschitz-Stiftung wurde neu gewählt, da Erhard Hentschel aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung stehen kann. Nach der Wahl dankte das Gremium Erhard Hentschel für seine verdienstvolle Mitarbeit.

Größeren Raum nahmen dann noch die neue Fernbusrichtlinie und das in Planung befindliche Bundesteilhabegeld ein. Bei der Fernbusrichtlinie ist sicherlich zu bedauern, dass eine vollständige Barrierefreiheit noch nicht erreicht werden konnte. Jedoch ist unseren Interessenvertreterinnen und -vertretern ein besonderer Dank auszusprechen für die Beteiligung an diesen Auseinandersetzungen und für das bereits Erreichte. Was das Bundesteilhabegeld angeht, so ist zu hoffen, dass es nicht nur ein Verschiebebahnhof der Finanzen wird.

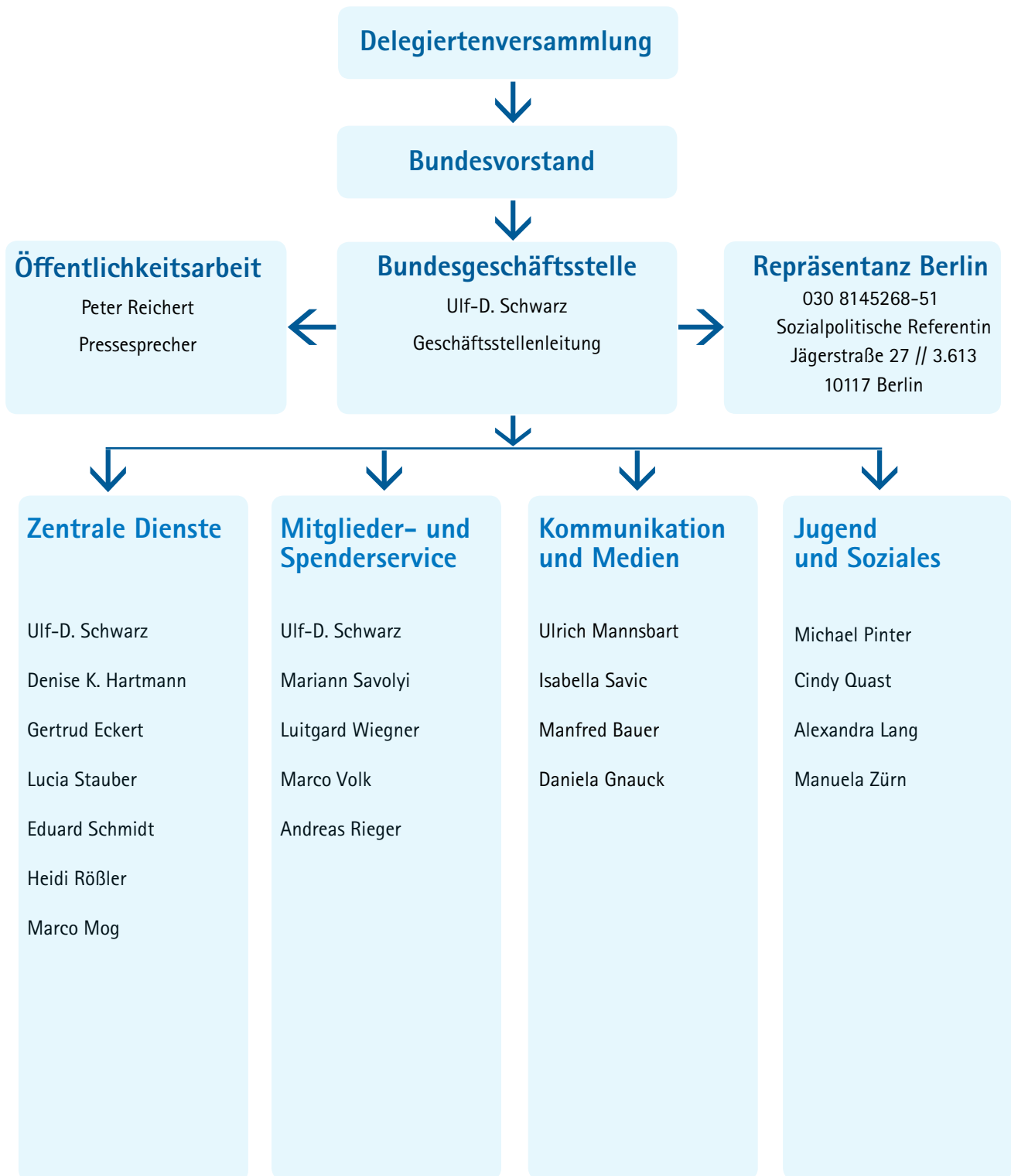
Da für mich diese Aufgabe sehr überraschend kam und ich in vergleichbaren Funktionen bisher auch nicht tätig war, waren meine Anspannung und mein Lampenfieber auf der Delegiertenversammlung besonders groß. Ich wurde jedoch von den Vertretern der Geschäftsstelle sehr professionell begleitet. Ihnen möchte ich an dieser Stelle meinen Dank aussprechen. Aber auch den Anwesenden der Delegiertenversammlung danke ich für die vorbildliche und disziplinierte Gesprächskultur und dafür, dass ich dieses Gremium führen durfte.

Ihr
Matthias Krasa
Stellvertretender Vorsitzender
der Delegiertenversammlung

Organigramm

Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V.
Altkrautheimer Str. 20, 74238 Krautheim

Telefon: 06294 4281-0, Fax: 06294 4281-79
E-Mail: info@bsk-ev.org, Internet: www.bsk-ev.org



Stand 31.12.2013

1 Struktur und Organisation

1.1 Organe

Der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. ist ein in das Vereinsregister NR. 154 beim Amtsgericht Künzelsau eingetragener Verein.

Er ist gemäß dem Freistellungsbescheid vom 2. Mai 2013 des Finanzamtes Öhringen als mildtätiger Verein anerkannt und besteht aus folgenden Organen:

- **Bundesausschuss**
- **Delegiertenversammlung**

1.2 Bundesausschuss



Gerwin Matysiak
Bundesausschussvorsitzender



Anita Reichert
Stellv. Bundesausschussvorsitzende



Verena Gotzes
Stellv. Bundesausschussvorsitzende



Friedrich Zumbusch
Schatzmeister



Andreas Brandenburger
Vorstand



Bernhard Endres
Vorstand



Karl Finke
Vorstand



Helmut Fleig
Vorstand



Kati Stephan
Vorstand



Roland König
Vorstand († 11.12.2013)



Jana Treffler
Vorstand



Reinhard Neubauer
Vorstand

1.3 Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung besteht aus folgenden Delegierten

Romy Pötschke (Vorsitzende), Matthias Krasa (stellvertretender Vorsitzender), Harry Aron, Herbert Bischoff, Hendrik Grützner, Ellen Herrmann, Lothar Kempf, Natalie Klawitter, Artur Klemm, Andreas Martin, Peer Maßmann, Ernst-Helmut Matschke, Claus-Arne Mohr, Tino Pech, Helga Pflichtenhöfer, Anita Pützkuhl-Schöberlein, Britta Soppala, Uwe Wagner, Hannelore Weiland und Joachim Weiß.

1.4 Geschäftsstellenleiter

Ulf-D. Schwarz

Die Erledigung der laufenden Geschäfte wird dem Geschäftsstellenleiter übertragen. Der Geschäftsstellenleiter hat Handlungsvollmacht nach § 30 BGB.



Ulf-D. Schwarz

1.5 Aufgaben

1.5.1 Aufgaben des Bundesvorstandes

Zu den Aufgaben des Bundesvorstandes gehören insbesondere:

- a) die praktische Umsetzung der von der Delegiertenversammlung für das Geschäftsjahr beschlossenen Aufgaben, Ziele und Maßnahmen,
- b) Reaktion auf aktuelle nationale und internationale sozial-, gesundheits- und behindertenpolitische Entwicklungen, auf Vorhaben bzw. Maßnahmen von Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung, der Landesregierungen und kommunalen Spitzenverbände, auf Maßnahmen der Träger der Rehabilitation und weiterer, die Lebenssituation körperbehinderter Menschen beeinflussender Institutionen entsprechend den in der Satzung und in weiteren Vereinsdokumenten festgelegten Zielstellungen,
- c) die Erarbeitung und Aktualisierung einer Vereinsordnung, die das Zusammenwirken von Bundesvorstand, Geschäftsstelle, Untergliederungen und Experten/-innen festlegt,
- d) in Abstimmungen mit dem jeweiligen Landesverband/der Landesvertretung Kontaktstellen einzurichten und Landesvertreter sowie Experten zu berufen und abzufragen,
- e) ständige oder zeitweilige Ausschüsse, Arbeitsgruppen und/oder Projektgruppen zur Realisierung der Vereinsziele einzusetzen, ihre Aufgabenstellungen zu definieren und die Mitglieder dieser Gremien zu berufen und abzufragen,
- f) Festlegung der in der Geschäftsstelle zu bearbeitenden ständigen Aufgabenkomplexe oder zeitweilige Schwerpunktaufgaben, Kontrolle der Erfüllung, Bestätigung des Stellenplanes und des Tätigkeitsberichtes der Geschäftsstelle,
- g) Ausarbeitung bzw. Veranlassung der Ausarbeitung und Bestätigung der Dokumente für die Delegiertenversammlung, insbesondere des Tätigkeitsberichtes, der Bilanz, des Arbeitsprogramms für das Folgejahr, des Wirtschaftsplans für das Geschäftsjahr, erforderlicher innerverbandlicher Re-

gelungen und der Beschlussvorschläge; Teilnahme mit beratender Stimme an der Delegiertenversammlung,

h) Abschluss/Aufhebung/Kündigung von Arbeitsverträgen des BSK oder seiner Tochtergesellschaften in der Geschäftsführer- und Abteilungsleiterenebene,

i) Entscheidung über die Aufnahme, die Streichung und den Ausschluss von Mitgliedern,

j) Wahrnehmung der Gesellschafterinteressen bei seinen Tochtergesellschaften.

1.5.2 Aufgaben der Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung ist das Aufsichtsgremium des BSK e.V. und für die Kontrolle der Einhaltung der satzungsgemäßen Ziele verantwortlich. Die Delegiertenversammlung ist die Zusammenkunft der von den ordentlichen Mitgliedern (§ 5 Abs. 4) für die Dauer von 4 Jahren direkt gewählten Delegierten.

Zu den Aufgaben der Delegiertenversammlung gehören insbesondere die Beschlussfassung über:

- a) Satzungsänderungen. Der Bundesvorstand wird jedoch ermächtigt, solche Satzungsänderungen, die von einer Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörde zur Auflage gemacht werden, eigenständig vorzunehmen. Über diese Änderungen sind die Delegierten unverzüglich zu informieren,



Delegiertenversammlung in Duderstadt

- b) die Beitragsordnung,
- c) eine Geschäftsordnung, die die Zusammenarbeit des Bundesvorstandes mit und die Befugnisse des vertretungsberechtigten Bundesvorstandes und der Geschäftsstelle regelt,
- d) den Erlass von sonstigen Vereinsordnungen,
- e) Aufnahme oder Beendigung der Mitgliedschaft in anderen Vereinigungen/Organisationen,
- f) Entgegennahme des Jahresberichtes und der Bilanz, Entlastung des Bundesvorstandes und Bestellung eines Wirtschaftsprüfers nach §13 dieser Satzung auf Vorschlag des Bundesvorstandes,
- g) Bestätigung des Arbeitsprogramms, Genehmigung des Wirtschaftsplans, Beschlüsse zu weiteren Grundsatzfragen,
- h) Wahl/Abwahl des Bundesvorstandes bzw. von einzelnen Vorstandsmitgliedern,
- i) abschließende Entscheidung über die Ablehnung der Aufnahme bzw. den Ausschluss von Mitgliedern,

1 Struktur und Organisation

- j) Berufung/Abberufung von Ehrenmitgliedern des Vereins,
k) Entscheidung über die Auflösung des Vereins (§14).

- Friedrich Zumbusch, Schatzmeister
- Andreas Brandenburger
- Bernhard Endres
- Karl Finke
- Helmut Fleig
- Roland König
- Kati Stephan
- Jana Treffler

1.5.3 Aufgaben des Geschäftsstellenleiters

Die Aufgaben des Geschäftsstellenleiters umfassen:

- a) die Führung der laufenden Geschäfte. Ihm kann nach § 30 BGB Vertretungsvollmacht erteilt werden,
- b) die Teilnahme mit beratender Stimme an der Delegiertenversammlung und den Vorstandssitzungen,
- c) die Erstellung des Jahresabschlusses bis zum 30. Juni des Folgejahres und die Vorlage des Entwurfs von Haushalt- und Stellenplan bis zur ersten Sitzung des Vorstandes im laufenden Jahr.

Daneben übernimmt er die Leitung der Abteilungen Zentrale Dienste und Mitglieder- und Spenderservice und ist Disziplinarvorgesetzter für alle Mitarbeiter/-innen der Geschäftsstelle.

Am 11. Dezember 2013 verstarb das Vorstandsmitglied Roland König. Für ihn rückte der Kandidat mit der nächsthöheren Stimmzahl aus der Vorstandswahl, Reinhard Neubauer, für den Rest der Wahlperiode nach.

Die Wahlperiode des Bundesvorstandes dauert von 2011 bis 2014.

1.6 Wahl der Organe

Im Jahr 2012 wurde die Delegiertenversammlung neu gewählt. Die Legislaturperiode der neu gewählten Delegiertenversammlung dauert bis zum Jahr 2016.

Am 20. Dezember 2010 wurden der neue Bundesvorstand sowie der neue vertretungsberechtigte Bundesvorstand gewählt. Diesem gehörten seither an:

- Gerwin Matysiak, Bundesvorsitzender
- Anita Reichert, stellv. Bundesvorsitzende
- Verena Gotzes, stellv. Bundesvorsitzende

1.7 Vergütungen

1.7.1 Hauptamtliche Mitarbeiter/-innen

Alle Mitarbeiter/-innen sowie der Geschäftsstellenleiter werden nach den AVB (Arbeitsvertragsbedingungen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V.) vergütet. Der Geschäftsstellenleiter ist in die Gruppe H3 eingegliedert und zu 100 % beschäftigt. Im Jahr 2013 waren 24 Mitarbeiter/-innen (15,66 Vollkräfteanteil) angestellt, davon neun Mitarbeiter/-innen (3,83 VK) mit einer anerkannten Schwerbehinderung und drei Auszubildende.

1.8 Personalstatistik des BSK e.V. zum 31.12.2013

Abteilung	Beschäftigungsverhältnis			Geschlecht		Behinderung			Migrationshintergrund	
	Vollzeit	Teilzeit	VK	männlich	weiblich	ja	nein	VK (ja)	ja	nein
Leitung	1	0	1	1	0	0	1	0	0	1
Zentrale Dienste	2	4	4,00	2	4	2	4	0,73	2	4
Mitglieder- & Spenderservice	1	3	2,41	2	2	1	3	0,5	0	4
Kommunikation & Medien	2	3	3,51	3	2	2	3	0,88	0	5
Jugend & Soziales	2	3	3,24	2	3	1	4	0,22	0	5
Aushilfskräfte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszubildende	3	0	1,5	0	3	3	0	1,5	0	3
GESAMT	11	13	15,66	10	14	9	15	3,83	2	22
Vorjahr	10	15	15,98	8	17	9	16	4,28	2	23

Legende: VK = Vollzeitkraft

Kranktage 2013 (2012): 287 (176)

Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter/-innen beträgt im Jahr 2013 42,80 Jahre. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit, berechnet zum 31.12.2013, ergibt 8,9 Jahre.

1.7.2 Ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen

Die Delegiertenversammlung hat in ihrer Sitzung vom 30. Oktober bis 1. November 2009 beschlossen, dass der vertretungsberechtigte Bundesvorstand nach § 26 BGB eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 160 € erhält.

In der Sitzung vom 29. bis 31. Oktober 2010 wurde beschlossen, dass der erweiterte Bundesvorstand ab dem Jahr 2011 eine halbjährliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 115 € erhält.

Insgesamt betragen die Aufwandsentschädigungen im Jahr 2013 genau 9.290 € (2012: 8.131,68 €).

Außerdem bekommen alle ehrenamtlichen Organe ihre Reisekosten nach der gültigen BSK-Reisekostenregelung erstattet.

1.8 Personalstatistik des BSK e.V.

siehe Seite 8

1.9 Tochtergesellschaften des BSK e.V.

Die Tochtergesellschaften des BSK e.V. sind:

- BSK-Reisen GmbH
- Eduard-Knoll-Wohnzentrum GmbH
- Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung gem. GmbH

Alle Tochtergesellschaften sind als gemeinnützig anerkannt.

1.10 Verbundene Gesellschaften des BSK

Die verbundenen Gesellschaften des BSK e.V. sind

- Hohenloher Integrationsunternehmen GmbH
- Elsa-Krauschitz-Stiftung

1.11 Untergliederungen des BSK e.V.

Der BSK e.V. hat in zwölf Bundesländern eine Landesvertretung bzw. einen Landesverband:

- Baden-Württemberg (Landesverband)
- Bayern (Landesverband)
- Berlin (Landesverband)
- Brandenburg (Landesvertretung)
- Hessen (Landesvertretung)
- Niedersachsen (Landesvertretung)
- Nordrhein-Westfalen (Landesvertretung)
- Rheinland-Pfalz (Landesvertretung)
- Saarland (Landesvertretung)
- Sachsen (Landesverband)
- Schleswig-Holstein (Landesvertretung)
- Thüringen (Landesvertretung)

Daneben hat er noch weitere ca. 110 Untergliederungen als Bereiche und Kontaktstellen.

1.12 Beziehungen zu anderen Organisationen

1.12.1 Mitgliedschaften

Der BSK e.V. ist Mitglied bei folgenden Organisationen:

- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V. (DPWV), Berlin
 - Vorlage und Prüfung der Bilanz
- Bundesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e.V. (BAG SELBSTHILFE), Düsseldorf
- Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit e.V. (BKB), Berlin
- Deutscher Fundraising Verband e.V., Berlin
- Forum selbstbestimmter Assistenz behinderter Menschen e.V. (ForseA), Berlin
- Deutsche Vereinigung für Rehabilitation e.V. (DVfR), Heidelberg
- Creditreform, Heidelberg
- Deutscher Rollstuhl-Sportverband e.V. (DRS), Duisburg
- Deutsches Jugendherbergswerk Hauptverband für Jugendwandern und Jugendherbergen e.V. (DJH), Detmold
- Nationale Koordinationsstelle Tourismus für Alle e.V. (NatKo), Düsseldorf
- Deutsche Interessengemeinschaft für Erbrecht und Vorsorge e.V. (DIGEV), Angelbachtal
- Heimat-Kulturverein, Krautheim

1.12.2 Kooperationen

Der BSK e.V. kooperiert in verschiedenen Themenbereichen mit anderen Organisationen:

- Interessengemeinschaft Selbstbestimmt Leben (ISL),
 - Projekt „Sensibilisierung von Ärztinnen und Ärzten für einen barrierefreien Praxisalltag“
- Deutscher Rollstuhl-Sportverband e.V. (DRS)
 - Kooperationsvereinbarung
- Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm)
 - Kooperationsvereinbarung
 - Abstimmung bei der Zusammenarbeit in gemeinsamen Mitgliedsverbänden wie BAG Selbsthilfe, NatKo, Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit (BKB)
- Automobil- und Verkehrssicherheitsclub (BAVC-Brudershilfe e.V.)

2 Bundesverband

2.1 Jugend & Soziales

2.1.1 Jugendarbeit

Rollstuhltraining (DRS)

Seit 2012 besteht eine Kooperation zwischen dem BSK e.V. und dem Deutschen Rollstuhl-Sportverband e.V. (DRS). Die Teilnehmenden bekommen beim Kurs maßgeschneiderte Übungen vermittelt, um die individuellen Fähigkeiten im Umgang mit dem Rollstuhl zu verbessern. Dabei werden verschiedene Situationen wie z. B. das Überwinden von Bordsteinkanten oder das Fahren auf unebenem Untergrund trainiert.

BSK-Spielmobil für alle

Das BSK-Spielmobil ist ein Geräteparcours für Kinder mit und ohne Behinderung, mit dem Körpererfahrungen gemacht und Bewegungsabläufe trainiert werden können. Die Spielraum- und Ablaufgestaltung lässt zahlreiche Möglichkeiten zu: vom freien Spielen bis zu Wettbewerben an Stationen. Üblicherweise ist das Spielmobil mit zwei Personen besetzt. Für jedes Gelände, für innen und außen, ist Material vorhanden, was auch einen flexiblen Einsatz vor Ort kurzfristig zulässt.

Mit dem BSK-Spielmobil lassen sich neben Veranstaltungen aller Art auch Workshops und Fortbildungen in den Bereichen Therapie, Pädagogik, Motorik und Sport im Allgemeinen umsetzen. In allen Spielgeräten steckt ein Anforderungscharakter, der nicht verbal oder visuell von außen an die Zielgruppenmitglieder herangetragen werden muss. Dies gilt auch für den Geschicklichkeitsparcours, der als Test- und Trainingsparcours auch für schwerst- und mehrfach behinderte Menschen durch modulare Ergänzungen im Bereich der taktilen Wahrnehmung nutzbar ist.

Seit 2010 besitzt der BSK ein eigenes Spielmobil. Das Spielmobil kann von Untergliederungen des BSK, aber auch von anderen Einrichtungen, Institutionen und Firmen ausgeliehen bzw. gemietet werden. Dank der Unterstützung von Sponsoren und der Bewilligung diverser Fördergelder konnte das Spielmobil komplett gegenfinanziert werden. Im letzten Jahr war das Spielmobil insgesamt 27 Mal im Einsatz u. a. beim Mössinger Allerlei, dem Blumensommer in Nordheim sowie dem Biosphären-Tag in St. Ingbert. Für 2014 liegen bereits zahlreiche Anfragen vor.

Personal

Seit 1. September 2013 ist Stephan Fischer in Dresden für die regionale Jugendarbeit in Sachsen zuständig. Für das Jahr 2014 ist geplant, die Jugendarbeit regional zu verstärken und einen weiteren Ansprechpartner in Berlin zu positionieren.

Ehrenamt

Dem BSK-Spielmobil standen im Jahr 2013 elf ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung. Die Tätigkeit der Ehrenamtlichen umfasst die Betreuung des

Spielmobils, die Anleitung von Gruppenspielen, Auf- und Abbau sowie die An- und Abfahrt zu den einzelnen Veranstaltungen. Für das Jahr 2014 steht dem BSK noch ein weiterer ehrenamtlicher Mitarbeiter für das Spielmobil zur Verfügung.

Selbstverteidigung (BVSV Kitzingen)

Für den Bereich der Selbstverteidigung arbeitet der BSK mit dem Behinderten- und Versehrten Sportverband Kitzingen e.V. zusammen. Die Übungen zur Selbstverteidigung sind hierbei speziell auf Menschen mit Körperbehinderung abgestimmt. Teilnehmen können bis zu 20 Interessierte jeden Alters, mit oder ohne Behinderung. Ziel des Selbstverteidigungsteams ist es, Menschen mit Körperbehinderung zu zeigen, dass sie sich wehren können. Es werden also nicht nur Selbstverteidigungstechniken trainiert – die Selbstbehauptung und das Selbstbewusstsein werden zusätzlich gestärkt. Im Jahr 2013 fand ein Selbstverteidigungsseminar der Selbsthilfe Körperbehinderter Göttingen e.V. statt.



Selbstverteidigungskurs für Menschen mit Behinderung

Jugendnewsletter

Seit 2010 gibt es den Jugendnewsletter, der in jedem Quartal an alle Untergliederungen und Interessierte versandt wird. Es werden Themen zu folgenden Rubriken vorgestellt: Aktuelles vom BSK; Politik & Recht; Natur & Umwelt; Gesundheit; Schule & Studium; Spiele, Spaß und mehr; Wettbewerbe sowie Events.

Die Newsletter können auch auf der Homepage abgerufen werden. Das Angebot des Jugendnewsletters haben über 680 Interessierte angenommen.

2.1.2 Beratung und Untergliederungen

Beratung

Im Jahr 2013 wurden direkt in der Geschäftsstelle circa 180 schriftliche Anfragen per Briefpost, circa 350 Anfragen per E-Mail und circa 600 telefonische Anfragen beantwortet. Die am häufigsten angefragten Themen waren:

- Tätigkeit/Hilfsangebot des BSK e.V. und Ansprechpartner vor Ort
- Pflege (Pflegestufen, Begutachtung, Pflegehilfsmittel, aktuelle Änderungen im Bereich des SGB XI)
- Kfz-Förderung, Führerschein und Parkausweis (Voraussetzungen/Genehmigung, Finanzierung)
- Finanzierung/Förderung barrierefreies Bauen
- Grundsicherung/Hartz IV (SGB II/SGB XII)
- Krankenversicherung
- Finanzielle Unterstützung von Menschen in Notsituationen
- Persönliches Budget
- UN-Behindertenrechtskonvention
- Diskriminierung aufgrund einer Behinderung

Untergliederungen

2013 wurden die Untergliederungen des BSK e.V. im Rahmen der Zuwendungsrichtlinien finanziell und ideell (z. B. durch Schulungen und Hilfestellungen bei der Vereinsarbeit) bei ihren Vorhaben unterstützt. Im Jahr 2013 wurde die Arbeit der Untergliederungen mit insgesamt 55.000 Euro mittels institutioneller oder Projektförderung unterstützt.

2013 wurden sechs neue Kontaktstellen eingerichtet: in Monheim/Langenfeld (Nordrhein-Westfalen), Koblenz (Rheinland-Pfalz), Klarenthal (Saarland), St. Ingbert (Saarland) und Saarbrücken-Land (Saarland). Der bisherige gemeinsame Landesverband Berlin-Brandenburg hat sich in zwei neue Untergliederungen aufgeteilt: den Landesverband Berlin und ab 1. Januar 2013 die neue Landesvertretung Brandenburg. Seit 1. Januar 2014 gibt es zudem eine neue Kontaktstelle in Viernheim (Rhein-Neckar-Raum).

2.1.2.1 Treffen d. Vorsitzenden bzw. Leiter/-innen der BSK-Landesverbände und Landesvertretungen mit dem vertretungsberechtigten Bundesvorstand

Zum Treffen vom 19. bis 21. April 2013 in Krautheim fanden sich insgesamt 15 Teilnehmende ein. Themen waren u. a.:



BSK-Landesvertreter/-innen trafen sich in Duderstadt mit dem vertretungsberechtigten Bundesvorstand

- Umsetzung des BSK-Aktionsplan in den einzelnen Bundesländern
- Länderpatenschaften
- Umsetzung der Vereinbarungen vom letzten Treffen
- Vertretung der Länder in den Landesrundfunkbeiräten
- Öffentlichkeitswirksame Aktionen
- Gemeinsame Aktion zum 5. Mai
- Einflussnahme des BSK auf EU-Normen bezüglich barrierefreier Beförderungsmittel
- Berichte über die Aktivitäten in den einzelnen Bundesländern.



Die Teilnehmer/-innen der Bereichsleitertagung trafen sich im Juni in Duderstadt

2.1.2.2 Bereichsleitertagung

Die Bereichsleitertagung fand vom 7. bis 9. Juni 2013 in Duderstadt unter dem Motto „Dekubitus: vorbeugen, erkennen, handeln“ statt. Themen waren:

- Dekubitus erkennen und handeln
- Vernetzung und Verzahnung von Behandlungsangeboten
- Wundmanagement bei Dekubitus
- Versorgung mit Hilfsmitteln zur Vermeidung von Dekubitus
- Präventive Übungen zur Vorbeugung von Dekubitus
- Richtige Ernährung zur Dekubitusprophylaxe
- Beratungsangebote u. Informationsquellen zu Dekubitus

Gearbeitet wurde mittels Vorträgen mit der Möglichkeit, Rückfragen zu stellen und anschließend zu diskutieren. Zur Tagung kamen 38 Teilnehmende aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen. Die Veranstaltung wurde vom Bundesministerium für Gesundheit unterstützt.

Die Auswertung der Evaluationsbögen ergab eine Bewertung von 1,5 auf einer Skala von 1 (sehr gut) bis 5 (ungenügend).



2.1.2.3 BSK-Experten/-innen

Die BSK-Experten/-innen sind Experten/-innen in eigener Sache: Als selbst betroffene Beratende können sie aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder jahrelanger Erfahrung wichtige Tipps und Hinweise an Menschen mit Behinderung zu diesen Themen geben: Hilfsmittel, barrierefreier ÖPNV, barrierefreies Planen und Bauen, barrierefreies Reisen, barriere-

2 Bundesverband

refreies Bauen, Grundsicherung, Persönliches Budget, Hartz IV, UN-Behindertenrechtskonvention und Barrierefreiheit im öffentlichen Straßenraum. Die BSK-Experten/-innen trafen sich vom 24. bis 25. Mai 2013 in Krautheim zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie zu strategischen Überlegungen für die Weiterentwicklung der Arbeit des Expertenteams. Themen waren dabei:

- Profil der Experten/-innen
- Erwartungshaltung/Rolle der Experten/-innen
- Beratungszeiten/Bekanntheitsgrad/Expertenordnung
- Fortbildung



Expertentreffen

2.1.2.4 Schulungen in Süd- und Norddeutschland

Die Hilfsmittelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung war das Thema der Schulung für die BSK-Untergliederungen im norddeutschen Raum vom 22. bis 24. März 2013 im niedersächsischen Duderstadt nahe Göttingen. Die Schulung war mit insgesamt 40 Teilnehmenden aus Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen gut besucht. Franziska Benthien, Fachanwältin für Sozialrecht, verschaffte den Teilnehmenden zunächst einen Überblick über die rechtlichen Grundlagen der Hilfsmittelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Im Anschluss erklärte sie die Systematik des Hilfsmittelkatalogs sowie das Verfahren von der Verordnung bis zur Auslieferung des Hilfsmittels an den Versicherten. Dies schloss verschiedene Konstellationen mit ein, z. B. die Eigentumsverhältnisse am Hilfsmittel, Wiedereinsatzpauschalen etc.



Teilnehmende der Schulung Nord in Duderstadt

Ergänzt wurden die Schulungsinhalte durch zahlreiche Praxisbeispiele, die u. a. der BSK-Experte für Hilfsmittel, Peer Maßmann, beisteuerte. In der anschließenden Kleingruppenarbeit konnten die Teilnehmenden ihr zuvor erworbenes Wissen in verschiedenen Übungs-

fällen anwenden und in der Besprechung im Plenum überprüfen. Den Teilnehmenden wurde zudem umfangreiches Schulungsmaterial zur Vertiefung und als Nachschlagewerk ausgehändigt. Die Auswertung der abschließenden Evaluation ergab eine Durchschnittsnote von 1,4 auf einer Skala von 1 bis 5.

Unter demselben Motto stand die „Schulung Süd“ vom 6. bis 8. September 2013 in Krautheim. Aufgrund vieler, sehr kurzfristiger gesundheitsbedingter Absagen war die Schulung mit insgesamt 13 Teilnehmenden aus Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen deutlich schwächer besucht als die Schulung gleichen Inhalts für den norddeutschen Raum zu Jahresbeginn. Die Auswertung der abschließenden Evaluation ergab eine Durchschnittsnote von 1,4.



Schulung Süd in Krautheim zum Thema Hilfsmittelversorgung

2.1.3 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Homepage

Die Neugestaltung der BSK-Homepage war unter dem Aspekt der Barrierefreiheit dringend notwendig und wurde im Dezember 2013 abgeschlossen.

Messeteilnahmen

Im April 2013 nahmen der BSK e.V. und die BSK-Reisen GmbH an der Rehab-Messe in Karlsruhe teil. 1.500 Reisekataloge, 500 LEBEN&WEG sowie über 5.000 Gehweg- und Falschparkkarten konnten an drei Messetagen verteilt werden.

Im Juni 2013 waren der BSK e.V. und die BSK-Reisen GmbH mit einem Infostand auf der IRMA-Messe in Bremen. Unterstützung am Messestand hatte das BSK-Team durch Gerd Strombach, Rudolf Kaiser, Thomas Harms und Marianne Jordan.

Die Teilnahme an der REHACARE im September 2013 war Höhepunkt und Abschluss der BSK-Messeaktivitäten. Neue Mitglieder konnten geworben werden und in zahlreichen Gesprächen am Messestand wurde über die Arbeit des BSK e.V. und der BSK-Reisen GmbH informiert. Im Café Forum stellte Peter Reichert



Der Behindertenbeauftragte des Bundes, Hubert Hüppe (mi.), am BSK-Stand auf der REHACARE



BSK-Stand auf der IRMA in Bremen

neue barrierefreie Reiseziele der BSK-Reisen GmbH vor und sprach im Interview mit Dunja Fuhrmann über ihr Hobby „Klettern trotz Querschnittlähmung“. Zum Abschluss seiner Dienstzeit als Bundesbeauftragter für Menschen mit Behinderung besuchte Hubert Hüppe den BSK-Stand.

Pressearbeit

Viele BSK-Untergliederungen haben auch im zurückliegenden Jahr 2013 die Unterstützung der BSK-Presseabteilung in Anspruch genommen. 56 lokale und regionale Pressemeldungen über Veranstaltungen, Neueröffnungen oder Fortbildungsangebote der Bereiche und Kontaktstellen wurden in den Printmedien und auf der Homepage veröffentlicht.

Unterstützung bei der Pressearbeit gab es auch für das Kunstprojekt Blickwinkel, das in der Berliner Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz von Christina Fuchs, BSK-Kontaktstelle Selbsthilfe Körperbehinderter Rhein/Ahr, initiiert wurde.

2.1.3.1 Sozialpolitische Arbeit

BSK im Dialog mit Medienexperten/-innen und Politiker/-innen

Über das Thema „Menschen mit Behinderung in den Medien“ diskutierten Medienexperten/-innen und Politiker/-innen am 1. März 2013 in der nordrhein-westfälischen Landesvertretung in Berlin. Den Anstoß zu dieser Podiumsdiskussion gaben Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Im Podium saßen Raul Krauthausen, Leidmedien.de-Macher, Maria Michalk, Behindertenbeauftragte der CDU/CSU-Fraktion, Sandy Krohn, Redakteurin bei der Berliner Behindertenzeitung, Na-



Podiumsdiskussion „Menschen mit Behinderung in den Medien“

wid Goudarzi, Produktions- und Betriebsdirektor beim rbb und Medienexperte und Künstlermanager Jörg Strombach. Moderiert wurde die Gesprächsrunde von Peter Reichert.

BSK im Dialog mit Europaabgeordneter Evelyne Gebhardt

Die Europaabgeordnete besuchte am 15. Juli 2013 die Krautheimer Einrichtungen des BSK. Gebhardt hatte sich 2012 in Brüssel für die Erhaltung der Ausbildungsvoraussetzungen für Pflegeberufe stark gemacht. Und das mit Erfolg: Das Europäische Parlament beschloss daraufhin, dass die Ausbildung in pflegerischen Berufen auch künftig ohne Abitur möglich sein wird. „Ich bin davon überzeugt, dass



Die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt (mi.) kam zu Besuch nach Krautheim, hier eine Führung durch die WfB.

in diesem Berufszweig die Persönlichkeit des Menschen im Mittelpunkt stehen muss“ sagt Evelyne Gebhardt. Evelyne Gebhardt versprach, den Kontakt mit den drei Einrichtungen in Krautheim aufrecht zu erhalten. „Ich komme immer wieder gerne nach Krautheim, weil hier Menschen mit und ohne Behinderung beispiellos zusammenleben und arbeiten. Das ist nicht überall in Europa so wahrzunehmen“.

BSK im Dialog mit Annette Sawade, MdB

Die Verringerung des Heimkostenbeitrages für Mitarbeiter/-innen von Werkstätten für Menschen mit Behinderung, die gleichzeitig in Einrichtungen leben, war zentrales Thema beim Besuch von Annette Sawade, SPD, Mitglied des Deutschen Bundestages, in Krautheim. Eingeladen hatte der BSK zu einem Besuch der Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfMB) und des Eduard-Knoll-Wohnzentrums. Annette Sawade versprach prüfen zu lassen, welche Gesetze auf Bundesebene geändert werden müssen, und mögliche Fördertöpfe zu suchen, um den Freibetrag von 100 Euro auf 200 Euro zu erhöhen. Sawade bot an, in der fortführenden Kommunikation zwischen Werkstatträten und politischen Entscheidungsträgern zu vermitteln. „Ich habe auch ständigen Kontakt zum baden-württembergischen Behindertenbeauftragten Gerd Weimer und werde das mit ihm thematisieren“, betonte sie.



Annette Sawade, MdB, zu Besuch in den Krautheimer Werkstätten

BSK im Dialog mit Dr. Inge Gräßle, Europaabgeordnete

„Mobilität für Menschen mit Behinderung“ und politische Mitentscheidung in Europa, barrierefreie Fernbuslinien sowie Entwicklung der Behindertenpolitik auf Basis der EU-Richtlinie waren die Themen bei der Diskussionsrunde mit Dr. Inge Gräßle, Europaabgeordnete, im August 2013 in Krautheim. Moderator Karl Finke, Mitglied des BSK-Bundesvorstands und Landesbehindertenbeauftragter in Niedersachsen, stellte seine Forderung nach einer Behinderten-Quote in der Politik auch auf EU-Ebene. „Jeder zehnte Listenplatz sollte mit einem Menschen mit Behinderung besetzt sein“, betonte Finke. Dem widersprach Dr. Inge Gräßle. „Das System lebt davon, dass auch andere die Interessen wahrnehmen dürfen und können“, so ihr Veto und fügte hinzu: „Erobern Sie die Parteien, werden Sie politisch in den Kommunen aktiv und lassen Sie sich im kommenden Jahr in Ihrer Gemeinde bei den Kommunalwahlen aufstellen“.

Barrierefreie Fernbuslinien

Mit der Einrichtung einer Steuerungsgruppe „Lastenheft“ ist es dem BSK gelungen, das Thema barrierefreie Fernbusse mit engagierten Projektpartnern voranzutreiben. Mit am Planungstisch sind, neben dem Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer e.V. (BDO), der Verband der Automobilindustrie (VDA), die Deutsche Post Mobility GmbH, die MFB MeinFernbus GmbH, der RDA Internationaler Bustouristik Verband e.V. (RDA), das Bundeskompetenzzentrum für Barrierefreiheit (BKB) sowie ein weiterer Vertreter der Behindertenverbände im Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband e.V. (DBSV). Im Rahmen der Auftaktveranstaltung wurde die Erstellung eines konsensfähigen Lastenhefts vereinbart.

Es geht um die Erarbeitung eines funktionalen Leitfadens für die Praxis, in Ausrichtung an den bestehenden gesetzlichen Vorgaben zur Barrierefreiheit. Die Rolle der Lenkungsgruppe

liegt primär im Erarbeiten von machbaren und gangbaren Handlungsoptionen, die Herstellern und Fernbusunternehmen angemessene Lösungsansätze liefern.

5. Mai-Aktion Berlin

„Menschen mit Behinderung in den Medien“

Im Rahmen des Europäischen Protesttages für die Gleichstellung behinderter Menschen in der Gesellschaft thematisierte der BSK e.V. die im März 2013 begonnene Diskussion über die Darstellung von „Menschen mit Behinderung in den Medien“. Bei der Demonstration und der anschließenden Kundgebung auf dem Pariser Platz in Berlin sammelten die ehrenamtlichen Helfer/-innen des BSK-Landesverbandes Selbsthilfe Körperbehinderter Berlin e.V. Meinungen der Bevölkerung. Der Bundesvorsitzende Gerwin Matysiak konnte auf der Aktionsbühne seine Forderungen nach einer kontinuierlichen Aufklärung und Sensibilisierung der nichtbehinderten Öffentlichkeit über die Rechte und Ansprüche von Menschen mit Behinderung formulieren. Mit Unterstützung der



Der BSK war auch auf der 5.-Mai-Aktion in Berlin vertreten

Aktion Mensch wurde eine Filmdokumentation über diese Kampagne erstellt. Die Aussagen in den Interviews spiegeln das Negativ-Bild im Umfrageergebnis wieder: Zwei Drittel der Befragten verbinden eine Behinderung mit Krankheit, Hilflosigkeit und weiteren Klischees.

2.1.4 Kommunikation und Medien

Redaktion „LEBEN&WEG“ Allgemeines

Das BSK-Verbandsmagazin LEBEN&WEG erschien 2013 bereits im 52. Jahrgang und ist weiterhin ein maßgebliches Informationsmedium und Sprachrohr von Menschen mit Behinderung. Dies zeigt die Resonanz auf das Heft bzw.



auf die Arbeit der Redaktion. Ein wichtiges Arbeitsfeld bilden weiterhin sozialpolitische Themen, um das Profil des BSK in diesem Bereich weiter zu schärfen. Denn die Reformen der Sozialsysteme bringen gerade für Menschen mit Behinderung viele negative Folgen mit sich. Zu den bevorzugten Magazin-Themen zählen die aktuellen Schwerpunkte der BSK-Arbeit: Barrierefreiheit, Bewusstseinsbildung und Gesundheit (bzw. Gesundheitspolitik). Wichtig ist dabei der Bezug zur UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die zwar Gesetzeskraft hat, deren praktische Umsetzung aber nur schleppend vorangeht.

LEBEN&WEG erscheint sechs Mal im Jahr, zum Leserkreis gehören überwiegend BSK-Mitglieder, aber auch politische Entscheidungsträger, Beschäftigte im Gesundheitswesen (z. B. Krankenhäuser, Kliniken, Praxen) und Gewerbetreibende (z. B. Hilfsmittelhersteller). Titelthemen von LEBEN&WEG waren 2013: Neue Wohnformen für Menschen mit Behinderung/Reform der Pflegeversicherung/Barrierefreiheit bei Wahlen – Wahlprüfsteine/UN-BRK: Umsetzung von Aktionsplänen/Neue Arbeitsformen für Menschen mit Behinderung/Selbstbestimmt leben – Beispiele aus dem Alltag.

Inhalt und Gestaltung

Leserinnen und Leser äußern sich durchgehend sehr positiv zum Inhalt und zur Gestaltung von LEBEN&WEG. Dies gilt auch nach einer Änderung in der Heftstruktur und der Gestaltung, die wir ab 2013 vorgenommen haben: Die frühere Heftbeilage „BSK-intern“, in der Untergliederungen von ihren Aktivitäten berichten, wurde ins Hauptheft integriert und ebenfalls farbig gestaltet. Durch die Änderung verringern sich zudem die Versandkosten.

Werbung/Kosten

Aufgrund des im Printbereich weiterhin schwierigen Anzeigengeschäftes ging der Anzeigenerlös gegenüber 2012 zurück. Als problematisch erweist sich weiterhin der hohe Altersdurchschnitt der BSK-Mitglieder, deren Zahl entgegen dem Trend der Vorjahre aber immerhin nicht zurückgegangen ist. Das begrenzt dennoch das Interesse potentieller Anzeigenkunden, da sie sich meistens an der Höhe der verbreiteten Auflage orientieren. Da die Produktion der Druckvorstufe von der Redaktion von LEBEN&WEG geleistet wird, lassen sich dadurch pro Ausgabe erhebliche Kosten einsparen. Weitere Kostenersparnisse konnten 2013 zusätzlich dadurch erreicht werden, dass die Redaktion noch mehr grafische Arbeiten selbst ausführt und nicht mehr außer Haus gibt. Dasselbe gilt für die Schlusskorrektur, die bisher auch extern geleistet wurde.

Weitere Publikationen und Tätigkeiten

Neben LEBEN&WEG mit BSK-intern produzierte die Redaktion u. a. die BSK-Infobroschüren „ABC Pflegeversicherung“ und „ABC Bauen“, Geschäftspapiere und Flyer für die BSK-Untergliederungen sowie den neu gestalteten Expertenflyer. Hinzu kamen u. a. diverse Mailings (z. B. Oster- und Weihnachtsmailing), der BSK-Tätigkeitsbericht, Eigenanzeigen



sowie Karten und Plakate für verschiedene Anlässe. Zudem lieferte die Redaktion Beiträge für die BSK-Homepage und arbeitete an deren Neuaufbau mit.

Ausblick auf das Jahr 2014

Die Redaktion wird alles daransetzen, um die Attraktivität von LEBEN&WEG zu erhöhen, den Leserkreis zu erweitern, etwa durch verstärktes Herausstellen von BSK-Serviceleistungen wie Informationen für Hilfesuchende. Damit einhergehend soll das Anzeigenvolumen weiter erhöht werden. Inhaltlich wird die Auseinandersetzung mit den Kernthemen wie Gesundheit, Barrierefreiheit und Bewusstseinsbildung großen Raum einnehmen. Aber auch den Themen Mobilität und Sozialrecht wird die Redaktion weiter besondere Aufmerksamkeit widmen. Zudem wird es im Jahr 2014 aus Kostengründen eine Änderung der Produktionsabläufe von LEBEN&WEG geben.

2.1.5 Mitglieder- und Spenderservice

Entsprechend der allgemein angespannten wirtschaftlichen Lage im Jahr 2013 wird es auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Mitglieder- und Spenderservice keinesfalls ruhig.

In diesem Jahr gab es erstmals ein Sommermailing: ein Schreiben, mit dem wir rund 10.000 aktiven Spenderinnen und Spendern unseren Dank aussprachen. Unsere weiteren Mailings waren das Ostermailing, das Mailing zu unserem Kalender „Kleine Galerie“, das Weihnachtsmailing und zwei weitere Anschreiben an Bußgeldzuweiser (Gerichte und Staatsanwaltschaften). Weitere große Aussendungen waren am Beginn des Jahres die Zuwendungsbestätigungen und die Mitgliederehrungen.

In der Abteilung Mitglieder- und Spenderservice, mit circa 2,8 Vollzeitstellen bei fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, werden sämtliche adressbezogenen Daten verarbeitet. Durch Fehlzeiten aufgrund von Krankheit, Elternzeiten und Urlaub gibt es in einer Abteilung dieser Größe immer wieder Verzögerungen bei unserem Service für Mitglieder, Spenderinnen und die Untergliederungen. Es wird dennoch immer versucht, einen optimalen Service zu gewährleisten.

Um kurze Wege, schnelle Reaktionszeiten und nicht zuletzt niedrigere Kosten umzusetzen, werden beinahe alle Drucksachen mittlerweile durch unsere Mitarbeiter/-innen der

2 Bundesverband

Geschäftsstelle selbst gestaltet. Neue Versanddienstleister rücken hierbei auch in den Fokus unserer Zusammenarbeit. Die direkte, persönlichere Ansprache von Mitgliedern, aber vor allem auch von Spendern/-innen und Dauerspendern/-innen ist heute wichtiger als je zuvor. Auch unter diesem Gesichtspunkt führt der Mitglieder- und Spenderservice in kleinen Schritten die Kontaktpflege mit Mitgliedern und Spendern/-innen ein, bzw. wird diese intensivieren.

Ostermailing

Kurz vor Ostern wurden wieder unsere Spender/-innen und Interessenten/-innen mit der Bitte um eine Osterspende angeschrieben. Wir stellten unsere Experten/-innen und deren wichtige Arbeit vor. Von den rund 10.800 Angeschriebenen erhielten wir wieder zahlreiche Spenden und somit ergab sich ein ROI (Return on invest) von 1,83 (2012: 1,74, 2011: 1,55). Dies ist wiederum eine Steigerung zu den Vorjahren. Somit nimmt das Ostermailing für uns auch weiterhin an Wichtigkeit zu.

Sommermailing für Spender

Der Kontakt zu unseren Spendern ist uns sehr wichtig. Bei der Kontaktpflege haben wir nun im Jahr 2013 einen weiteren Weg beschritten und bedankten uns im Juli bei rund 10.000 Spender/-innen für ihre Unterstützung. Viele freuten sich über diese Rückmeldung und spendeten. Die Kosten konnten somit mehr als gedeckt werden.

Kalender „Kleine Galerie“ 2014



Titelmotiv des Kalenders KLEINE GALERIE 2014



Dankekarte für Förderer und Spender/-innen

„Mit meinen Freunden durch das Jahr“ lautete das Motto, unter dem uns wieder viele Kinder mit Behinderung selbstgemalte Bilder zugesendet haben. Der Kalender wurde mit einer Auflagenhöhe von 20.000 Stück im Oktober verschickt. Leider blieb der Spendenerfolg hinter unseren Erwartungen zurück: Der ROI lag bei 2,65, ein finanzieller Einbruch von über 10.000 EUR (2012: 3,37, 2011: 3,54). Für uns ein wichtiger Punkt, das Konzept des Kalenders zu überarbeiten und zu reformieren.

Weihnachtsmailing

Mit unserem Spendenaufruf in der Vorweihnachtszeit zum Thema „selbstständiges Wohnen mit Behinderung“ stellten wir eines unserer Mitglieder und deren beeindruckende Geschichte vor. Die Flut an Spendenbriefen anderer Verbände scheint unsere Stammspender teilweise zu verunsichern. Dies zeigte sich vor allem am Ergebnis des Mailings, das mit einem ROI von 2,72 den Vorjahreserfolg nicht halten konnte (2012: 3,77, 2011: 3,60).

Bußgeldmarketing

In diesem Jahr erhielten wir verhältnismäßig wenige Zuweisungen von den Gerichten und Staatsanwaltschaften. Wie in den Vorjahren verschickten wir im Frühjahr ein großes Mailing an rund 9.000 Adressen und im Spätsommer ein kleines Mailing an unsere Hausliste. Ein großer Teil der in diesem Bereich erzielten Einnahmen wurden im Frühjahr 2014 anteilmäßig an unsere Landesverbände und -vertretungen ausgeschüttet.

Fundraisingmaßnahmen

Zusammen mit der Agentur „Deutscher Spendenhilfsdienst“ konnten wir einige Interessenten/-innen und Besteller/-innen unserer Beratungsbroschüren als Förderer gewinnen.

Doch die Lage bei unseren Förderern und Spender/-innen bleibt weiterhin schwierig. Viele unserer langjährigen Förderer schieden aus oder verstarben. Neue Wege zu beschreiten, um Förderer zu werben, ist wichtig und muss weiter fokussiert werden.

Bei den Mitgliedern konnten wir die Lage etwas verbessern und den Einbruch der Vorjahre bremsen. Eine gezielte Ansprache nach der Bestellung eines Euro-WC-Schlüssels, oder anderer Artikel, führten hierbei zum Erfolg. Zum Ende des Jahres konnte sogar ein leichtes Plus verzeichnet werden.

Aktuelles und Zukunftsperspektive

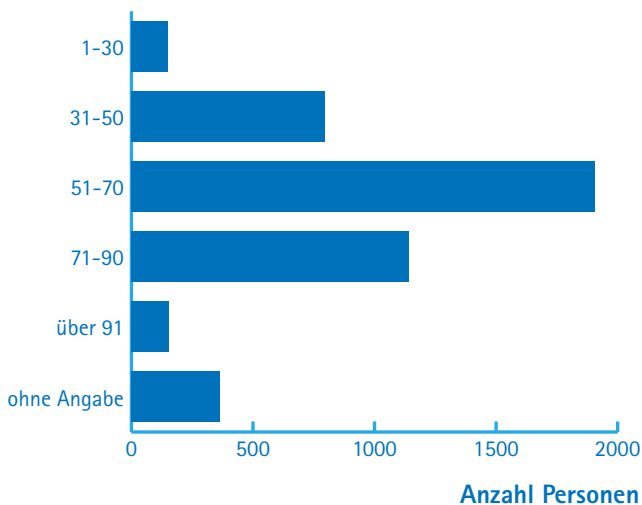
Um weiterhin die Arbeit unserer Bereiche, Kontaktstellen, Experten und die sozialpolitische Arbeit unterstützen zu können, ist es wichtig, für unsere Mitglieder, Spender und Förderer präsent zu sein. Neben Grüßen zu runden und „halbrunden“ Geburtstagen verschickt der Mitglieder- und

Spenderservice Dankbriefe für die sogenannten Spontanspenden.

In Kontakt zu bleiben und zu wissen, wie der BSK die Spenden und Beiträge einsetzt, wird immer wichtiger. Transparenz ist eines der Stichworte hierbei. Der BSK ist offen für neue Wege und Ideen. Natürlich bleibt die Kostenfrage immer im Blick. Für die Folgejahre sehen wir weiter arbeitsreiche Zeiten auf uns zukommen. Der Wettbewerb mit anderen spendensammelnden Verbänden nimmt immer mehr zu und die „Treue“ zu nur einem Verband nimmt immer mehr ab. Die Aufgabe ist klar gestellt: Der BSK muss attraktiv bleiben, nicht nur für Mitglieder, sondern auch für Förderer und Spender/-innen.

Altersverteilung in 2013

Alter in Jahren



Neuaufnahmen und Kündigungen 2013

	2012	2013	Änderung
Neuaufnahmen	295	307	12
Kündigungen	310	297	-13

2.1.5.1 Mitgliederstatistik 2013

	2012	2013	Änderung
Baden-Württemberg	780	756	-24
Bayern	731	714	-17
Berlin	99	103	4
Brandenburg	38	41	3
Bremen	11	11	0
Hamburg	44	44	0
Hessen	311	308	-3
Mecklenburg-Vorpommern	20	23	3
Niedersachsen	440	456	16
Nordrhein-Westfalen	733	754	21
Rheinland-Pfalz	229	246	17
Saarland	49	70	21
Sachsen	834	778	-56
Sachsen-Anhalt	38	44	6
Schleswig-Holstein	88	98	10
Thüringen	48	58	10
Ausland	6	5	-1
Gesamt	4.499	4.509	10

2 Bundesverband

2.1.5.2 Ehrungen und Jubiläen

Ehrungen

Bayern – Bereich Nürnberg-Fürth

Herbert Bischoff mit Sozialmedaille ausgezeichnet

Am 3. Juni 2013 erhielt Herbert Bischoff die Bayerische Staatsmedaille für Soziale Verdienste. Mit der Verleihung der Sozialmedaille werden jedes Jahr etwa 20 Persönlichkeiten für ihr besonderes Wirken und ihren Einsatz im sozialen Bereich gewürdigt. Herbert Bischoff wurde gemeinsam mit Rosi Mittermaier-Neureuther und Tatortkommissar Miroslav Nemeč-Strkanec von Sozialministerin Haderthauer geehrt.

Sozialministerin Haderthauer würdigte in der Laudatio das jahrelange Engagement für die Interessen und Belange von Menschen mit Behinderung. Bereits seit Ende der 70er Jahre vertritt Herbert Bischoff in der Hörervertretung des Bildungszentrums die Belange der Teilnehmer/-innen. Christine Haderthauer würdigt weitere Verdienste Herbert Bischoffs: „Auch in der Funktion als Sprecher der Integrationsrunde Behindertenarbeit Nürnberg sowie als stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer der Selbsthilfe Körperbehinderter

Bereich Nürnberg/Fürth e.V. leisten Sie eine wertvolle Arbeit für die Belange von Menschen mit Behinderung. Seit dem Jahr 2010 sind Sie des Weiteren Mitglied im Behindertenrat der Stadt Nürnberg, der dank Ihrer Initiative neu ins Leben gerufen wurde.“

Soziale Tätigkeiten von Herbert Bischoff: Mitglied in der Delegiertenversammlung des BSK e.V.; stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer der Selbsthilfe Körperbehinderter Bereich Nürnberg/Fürth; Sprecher der Integrationsrunde Behindertenarbeit Nürnberg und Mitglied im Behindertenrat der Stadt Nürnberg



Begleitet wurde Herbert Bischoff von der ehemaligen Kursleiterin und Sozialpädagogin Magdalena Kopka-Schüler, mit der ihn seit dem Kursbesuch eine jahrzehntelange Freundschaft verbindet.

Bundesverdienstkreuz am Bande für unser Mitglied Helmut Kresse

Unserem Mitglied Helmut Kresse wurde genau an seinem 75. Geburtstag eine ganz besondere Ehre zuteil: Er erhielt von der Justizministerin Beate Merk im Justizpalast in München das Bundesverdienstkreuz am Bande überreicht. Helmut Kresse engagiert sich seit vielen Jahren in vorbildlicher Weise in unserem Bereich Augsburg, beim Weißen Ring, in der Behindertenseelsorge des Bistums Augsburg und im Verein für Hirn-Aneurysma-Erkrankte „Der Lebenszweig“. Hierzu gratulieren wir ganz herzlich und danken ihm für sein Engagement.



Franz J. Pabst (Landesbeauftragter des Weißen Rings für Bayern-Süd), Gerda Fleig (BSK-Bereichsleiterin Augsburg), Helmut Kresse, Beate Merk (Justizministerin), Diakon Thomas Schmidt (Diözesanbeauftragter der Behindertenseelsorge der Diözese Augsburg).

Jubiläen

Hessen – Bereich Hanau/Gelnhausen

Fachtag anlässlich des 40-jährigen Bestehens

Seit der Vereinsgründung 1973 ist es das Ziel der Selbsthilfe Körperbehinderter Hanau/Gelnhausen e.V., Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes und barrierefreies Leben zu ermöglichen. In vielen Bereichen des täglichen Lebens hat sich der Verein engagiert: Mobilität, barrierefreies Wohnen, Freizeitangebote für Menschen mit und ohne Behinderung und mehr. Wann immer es nötig erscheint, meldet sich der Verein zu Wort, nimmt Einfluss, berät und arbeitet an eigenen großen Projekten.



Reihe hinten von links beginnend: Matthias März, Dr. Sabine Dörner, Dr. Dorothea Terpitz, Maria Klimmer, Peter Althaus, Marion Deysenroth, Michael Becker; Reihe vorn von links: Uwe Schneider, Andreas Winkel, Heinz Preis.

Teilhabeassistenten für mehr Gerechtigkeit in der Schule

40 Jahre aktive Mitgestaltung sind ein Grund zum Feiern. Mit diesem Fachtag, der am 21. Juni 2013 in Erlensee in der Erlenhalle stattfand, wurde die bisherige Arbeit der Selbsthilfe Körperbehinderter Hanau/Gelnhausen e.V. gewürdigt und in die Zukunft fortgeschrieben. Einer der jüngsten Arbeitsbereiche ist die schulische Integration. Über 170 Kinder werden durch die Servicegesellschaft des Vereins von Teilhabeassistenten betreut.

Inklusion braucht Unterstützung – Teilhabeassistenten für Schüler

Das gleichberechtigte Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung beginnt bereits im Kindesalter. Wenn schon in Krabbelstube, Kindergarten und Schule alle Kinder gemeinsam aufwachsen, können Vorbehalte und Unsicherheit gar nicht erst entstehen. Gemeinsamer Unterricht ist möglich, funktioniert aber nur dann, wenn die Rahmenbedingungen dafür stimmen. Schulische Teilhabeassistenten sind ein Baustein solcher Rahmenbedingungen.

Mit diesem Fachtag wollten die Teilnehmenden verschiedene Aspekte des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nichtbehinderten Kindern beleuchten. Was leisten Teilhabeassistenten, wann werden sie eingesetzt, wie wird diese Hilfe organisiert? Es ging auch darum, wie inklusiver Unterricht heute schon funktioniert, warum vielen Eltern diese Unterrichtsform wichtig ist und welche Schwierigkeiten und Vorbehalte es gibt.

Der Fachtag wendete sich an Eltern und Lehrer, Erzieher und Mitarbeiter der Sozialverwaltung, an Verbandsvertreter und Politiker sowie an alle Bürger, die sich zum Thema inklusiver Unterricht informieren wollten. Die Veranstaltung wurde ergänzt durch eine Foto- und Dokumentausstellung im Foyer zur Geschichte der Selbsthilfe Körperbehinderter Hanau/Gelnhausen e.V. Die Teilnahme war kostenlos. Insgesamt war dieser Tag ein weiterer Schritt hin zur inklusiven Gesellschaft, brachte die in den genannten Bereichen Arbeitenden zusammen und ermöglichte einen fruchtbaren Erfahrungsaustausch. Der Fachtag wurde gefördert durch den Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V., die VR Bank Main-Kinzig Büdingen eG und die Aktion Mensch.

2.1.6 Zentrale Dienste

Die Abteilung „Zentrale Dienste“ besteht aus den folgenden Bereichen

- Verwaltung
- Buchhaltung
- Poststelle
- Gästezimmer
- Hausmeisterei
- Immobilien

Im Berichtsjahr konnte die Renovierung der barrierefreien Zimmer des Gästehauses des BSK e.V. mit der Hilfe von vier Freiwilligen des Internationalen Bauordens begonnen werden. Unter anderem wurden die Hilfsmittel in den Bädern erneuert und die Wände bekamen einen neuen Anstrich. Die Renovierungsmaßnahmen sollen bis Mitte 2014 abgeschlossen sein. Der seit Ende 2008 zur Verfügung stehende und neu gestaltete Clubraum wurde auch im Berichtsjahr wieder von den Übernachtungsgästen als Aufenthalts- und Tagungsraum genutzt. Auch interne und externe Veranstaltungen fanden darin statt.



Mitglieder des Bauordens halfen dabei, die barrierefreien Zimmer des Gästehauses des BSK e.V. zu renovieren

Neben dem Gästehaus hat der BSK 28 (davon 26 barrierefreie) Wohneinheiten, welche an Privatpersonen vermietet sind (ohne Miet- und Pachtobjekte an die WfB und das EKWZ) sowie an eine Ergotherapiepraxis und eine Karateschule. 17 der Wohneinheiten sind an Menschen mit Behinderung vermietet.

Die Sanierungsmaßnahme für das Verwaltungsgebäude und das Gästehaus im Jahr 2007 (Einbau neuer Fenster, Erneuerung der Gaszentralheizung, Wärmedämmung von Dach und Außenwänden) hat zu einer deutlichen Reduzierung des Energiebedarfs geführt, was auch mit einer entsprechend hohen Kosteneinsparung verbunden ist.

2.1.7 BSK Repräsentanz Berlin

Das Berliner Büro des BSK wurde 2013 neu besetzt: Als Nachfolgerin von Beate Winzer übernahm Cindy Quast Anfang Mai 2013 die Aufgabe als Sozialpolitische Referentin. Zu den Aktivitäten: Der Weg bis zur vollen gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist noch weit, da Menschen mit Behinderung in Sachen Chancengerechtigkeit nach wie vor benachteiligt sind. Es ist deshalb wichtig, neben der fachlichen Beratung weitere Denkanstöße für Entwicklungsprozesse und gesellschaftliche Veränderungen zu geben. Ziel ist eine fortschrittliche inklusive Behindertenpolitik auf Augenhöhe. Deren Grundsäule ist die längst überfällige Umsetzung eines Bundesteilhabegesetzes und die Einführung eines einkommens- und vermögensunabhängigen Teilhabegeldes.

Dies erfordert ein Vordenken in die Zukunft und die Interaktion mit Bündnispartnern/-innen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Zu den Gesprächspartnern des BSK zählten u. a. die behindertenpolitischen Sprecher, um neue Schnittstellen zu diskutieren. Die gute Vernetzung schreitet voran.

Besonders hervorzuheben ist die Leitungstätigkeit des BSK im Rahmen des Projekts „Steuerungsgruppe Lastenheft – Ein barrierefreier Fernbus“ und die erfolgreiche Beantragung eines Pilotprojekts in Polen. Mit der Steuerungsgruppe gelingt es dem BSK – zusammen mit den anderen Akteuren – für Probleme der barrierefreien Mobilität zu sensibilisieren und so neue Entwicklungen voranzubringen.

Die rechtlichen Stellungnahmen und Vorträge des BSK ließen sich in zahlreichen Fachveranstaltungen und in der Gremienarbeit einbinden. Inhaltlich ging es dabei um rechtliche Fragen zur UN-BRK, zu den Passagierrechten, zu den Rahmenbedingungen der barrierefreien Gestaltung, zur Personenbeförderung sowie zu den Problemlagen des Sozialrechts. Daraus lässt sich deutlich die Reformbedürftigkeit des Rechts ableiten. Die konzipierten und erstellten Stellungnahmen beziehen sich auf politische, rechtliche und soziale Entscheidungsprozesse.

Stellungnahmen und Erstellung von Grundlagenpapieren

Stellungnahme des BSK zur Änderung des Wahlrechts, zu den Passagierrechten/Grundlagenpapier für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) in enger Abstimmung mit dem BSK-Vorstand/Verbandepapier „Barrierefreie Mobilität“

Vertretung des BSK-Bundesvorstandes bei Veranstaltungen

Anhörungen zu Rechtsfragen/Empfang des Bundesbehindertenbeauftragten/Teilnahme an neuen Veranstaltungsformaten (Internationale Wirtschaftskonferenz/Galaveranstaltungen/Fachgespräche zum Bundesleistungsgesetz und den Patientenrechten/Bund-Länder Arbeitsgruppe zum Thema Behindertenparkplätze/Teilnahme am Runden Tisch „Sichere Mobilität für Menschen mit Behinderung“ der VdTÜV/1. BDO-Forum/DBR-VA zum Tag der Behinderten/Tag der Behinderten in Warschau, Polen

Fachliche Arbeit

DBR-Arbeitskreis „Strategisches Klageverfahren“/Fachgruppe REHA/AG „Behindertenparkplätze“, BMAS/AG Bundesleistungsgesetz

Juristische Arbeit

Teilnahme an Anhörungen/Erstellung und Prüfung von Vertragstexten (D/EN)/Bewertungsanalyse zum SGB XII in Fragen des Bundesteilhabegesetzes/Erstellung von Stellungnahmen/Auseinandersetzung mit dem Regelkreis des neuen Patientenrechtegesetzes, des BGG, des SGB V, VIII, XI, XII/Prüfung von Verfahrensfragen/Befassung mit Anfragen aus dem Verbands-, Sozial- und Verkehrsrecht

2.1.8 Gesundheitspolitik

Heidi Hauer – BSK-Beauftragte für Gesundheitspolitik, Kontaktstelle Mainz



Heidi Hauer

Heidi Hauer ist für den BSK e.V. im Gemeinsamen Bundesausschuss tätig. Seit 2009 arbeitet sie dort im Unterausschuss „Veranlagte Leistungen“ mit. Dieser ist zuständig für die Erarbeitung von Richtlinien, z. B. für Heil- und Hilfsmittel in der häuslichen Krankenpflege und verschiedene andere Bereiche. Der Gemeinsame Bundesausschuss ist das mächtigste Gremium der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen. Er hat die Aufgabe, die gesetzlichen Vorgaben der Bundesregierung in Richtlinien zu fassen.

Hintergrund ist, dass der Gemeinsame Bundesausschuss als eigenständige Organisation arbeitet, um die Gesetzesvorgaben in die Versorgungspraxis umzusetzen. Damit kann dann jede/r Kassenmitarbeiter/-in, z. B. jede niedergelassene Ärztin bzw. jeder niedergelassene Arzt mit diesen neuen Gesetzaufgaben in der Versorgung der Patienten, z. B. in der Hilfsmittelversorgung, besser arbeiten. Das Gesetzesvorhaben wird an die Versorgungspraxis angepasst, falls es später zu Problemen in der Praxis bei der Versorgung von Patienten kommt. Bei Beratungsbedarf kann der Gemeinsame Bundesausschuss nachbessern.

Heidi Hauer ist nun schon seit einiger Zeit die Sprecherin der Patientenvertretung im Unterausschuss „Veranlagte Leistungen“. Es ist ihr eine Herzensangelegenheit, dort die Aufgabe und Funktion als Sprecherin der Patientenvertretung wahrzunehmen und gegenüber den anderen beteiligten Mitstreitern/-innen die Interessen der Patienten zu vertreten. Die Patientenvertretung ist ein Ehrenamt und mit viel Engagement verbunden und gewinnt in der Gesundheitspolitik immer mehr an öffentlichem Interesse.

Zu neuen gesundheitspolitischen Themen gehören z. B. die häusliche Krankenpflege und der Kampf gegen die MRSA-Besiedlung im häuslichen Umfeld. Dabei werden die Behandlungskosten jetzt auch unter besonderen Voraussetzungen von den gesetzlichen Krankenkassen bezahlt.

Für den Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e. V. verfasst Heidi Hauer Stellungnahmen gegenüber den zuständigen Gremien. Gemeinsam mit Verena Gotzes, der stellvertretenden BSK-Bundesvorsitzenden, arbeitete sie in der AG Teilhabe mit, um die Inklusion und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft chronisch Kranker und deren Angehöriger zu unterstützen. Diese ehrenamtlichen Tätigkeiten werden hoffentlich im Jahr 2014 erfolgreich fortgesetzt!

2.1.9 Projektarbeit

Reiseassistenz-Workshop

Gefördert durch die Aktion Mensch
Siehe 2.3.2



ABC Pflegeversicherung

Auf der REHACARE 2013 in Düsseldorf wurde die Neuauflage der BSK-Broschüre ABC Pflegeversicherung vorgestellt. Die GlücksSpirale hat die ABC-Broschüre gefördert



Projekte zum 5. Mai

Bayern – Behinderten-Kontaktgruppe Memmingen

Auch der Behindertenbeirat der Stadt Memmingen beteiligte sich am 7. Mai 2013 mit einem Stand zum Thema Inklusion, „Ich bin entscheidend“, in der Fußgängerzone in Memmingen.

Ein selbstbestimmtes Leben zu führen, ist nicht für jeden Menschen selbstverständlich. Darauf hat auch der Behindertenbeirat der Stadt Memmingen mit seiner Aktion in der Fußgängerzone aufmerksam gemacht. Im Mittelpunkt der Aktion stand ein überdimensionales Würfelpuzzle, das Interessierte und Engagierte gemeinsam aufbauen konnten. Fragen wie „Wer entscheidet, wo ich wohne?“ oder „Wer entscheidet, wer mich unterstützt?“ sind auf den Würfelfeldern aufgedruckt und sollen den Diskurs zum Thema „Selbstbestimmt leben“ anregen. Die Veranstaltung fand im Rahmen von bundesweiten Aktionen rund um den europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung statt.

Der diesjährige Protesttag stand unter dem Motto „Ich bin entscheidend“ und gab damit die Antwort, die für alle Menschen selbstverständlich sein sollte. Die Aktion Mensch sowie die Organisationen und Verbände der Behindertenhilfe und –selbsthilfe unterstützten den Protesttag. Zu einem selbstbestimmten Leben gehören viele Facetten, zum Beispiel die Entscheidung darüber, wo ein Mensch wohnt, wo



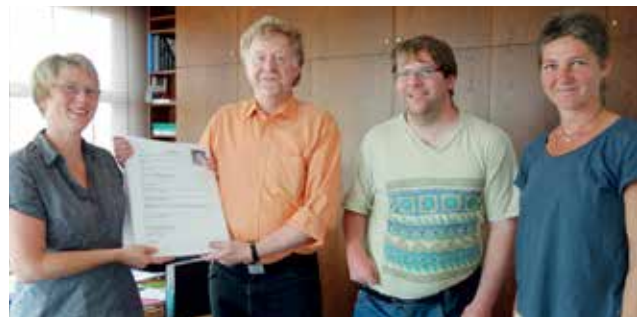
BSK-Stand in der Memminger Fußgängerzone anlässlich des europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung.

er zur Schule gehen kann, ob er wählen gehen kann, usw. Die Vorsitzende des Behindertenbeirats und stellvertretende Bundesvorsitzende des BSK, Verena Gotzes, ist der Ansicht: „Inklusion kann nur gelingen, wenn alle Menschen, ob mit oder ohne Behinderung, selbstbestimmt am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben können.“

Jeder zehnte Bundesbürger in Deutschland lebt mit einer Behinderung. 95 Prozent dieser Behinderungen sind nicht angeboren, sondern im Laufe des Lebens entstanden. „Mit unserer Aktion hier in Memmingen wollten wir auf die Situation von Menschen mit einer Behinderung aufmerksam machen und Begegnungen von Menschen mit und ohne Behinderung fördern“, erklärte Heidi Dintel, die Behindertenbeauftragte.

Niedersachsen – Bereich Göttingen

Europäischer Aktionstag – barrierefreier Wohnraum gesucht



Annette Werner (re.) von der Selbsthilfe Körperbehinderter übergab dem Göttinger Stadtrat Siegfried Lieske (zweiter v. li.) 90 Steckbriefe, in denen Menschen mit Behinderung u. a. barrierefreie und bezahlbare Wohnungen fordern.

Wohnungen in Göttingen, die barrierefrei und bezahlbar sind, das wünschen sich Menschen mit Behinderung, die an einer Befragung im Rahmen des europaweiten Aktionstages für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung im Mai teilgenommen haben. Veranstaltet wurde der Aktionstag am 6. Mai 2013 von der Selbsthilfe Körperbehinderter, den Göttinger Werkstätten für Menschen mit Behinderung, der Lebenshilfe, IFAS, my.worX und weiteren Organisationen, die sich unter anderem für die Rechte von Menschen mit Behinderung einsetzen.

Unter dem Motto „Ich bin entscheidend“ war ein Schwerpunkt der Veranstaltung, wie sich Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben vorstellen. In Form von Steckbriefen wurden Wünsche und Forderungen nach Veränderung und Verbesserung der Lebensbedingungen an die Stadt Göttingen benannt. An erster Stelle stand hier die Forderung nach bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum. Zu einem selbstbestimmten Leben gehört vor allem die freie Wahl des Lebensraums. Wer in Göttingen jedoch beispielsweise auf einen Rollstuhl angewiesen ist, hat oftmals gar keine Wahl, was die Wohnsituation betrifft. So kommt es häufig vor, dass Menschen mit einer Behinderung in einem Wohnheim leben müssen.

2 Bundesverband

Selbstbestimmtes Leben ist durchaus in einer barrierefreien Wohnung möglich – an Wohnraum mangelt es. Die meisten Menschen wollen eigenständig leben. Mit Unterstützung ist dies in einer barrierefreien Wohnung machbar. Da diese Menschen häufig aufgrund der Behinderung keiner ausreichend bezahlten Arbeit nachgehen können, sind sie auf staatliche Unterstützung angewiesen. Vom Sozialhilfeträger finanzierte, barrierefreie Wohnungen gibt es in Göttingen fast nicht. Die Vorhandenen sind auf lange Zeit vermietet. Wer einmal eine barrierefreie Wohnung bekommen hat, zieht so schnell nicht wieder aus. Der Bereich Wohnen wird im Rahmen des kommunalen Aktionsplans Göttingen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, in dessen Erarbeitung der Göttinger Behindertenbeirat eng einbezogen ist, in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Barrierefreier Wohnraum ist eine Voraussetzung für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am sozialen Leben und damit für eine inklusive Gesellschaft. Am 18. Juni 2013 wurden die ca. 90 Steckbriefe von Menschen mit Behinderung dem Stadtrat, Siegfried Lieske, übergeben, der den Aktionsplan Göttingen koordiniert.

Saarland – Landesvertretung

Protesttag der Menschen mit Behinderung in Saarbrücken

Gleich mehrere Aktionen anlässlich des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung fanden am 4. Mai 2013 in Saarbrücken statt. Vor der Karstadt-Filiale und vor der Europagalérie in Saarbrücken informierte das Aktionsbündnis „Teilhabe und Barrierefreiheit“ (BSK-Saarland, DMSG, Behindertenbeirat der Stadt Saarbrücken, Der Schwesternverband, Lebenshilfe Saarbrücken e.V.,



Demonstration für mehr Teilhabe und Barrierefreiheit in Saarbrücken, an der sich auch die BSK-Landesvertretung tatkräftig beteiligte

LV SELBSTHILFE e.V., die Selbsthilfegruppe Junge Parkinson und die Syringomyelie Selbsthilfegruppe Saarland) zum Thema „Selbstbestimmtes Leben – ich bin entscheidend“. Aber auch über Fachthemen der Gruppen wurde informiert und viele Beratungsgespräche wurden geführt. Um 13 Uhr demonstrierte eine Gruppe von zirka 50 Menschen mit und ohne Behinderung mit einem Protestmarsch von der Europagalérie durch die Einkaufsmeile Bahnhofstraße bis zur Karstadt-Filiale. Nicht nur die Bürger der Stadt Saarbrücken, sondern auch viele Gäste aus Saar-Lor-Lux beteiligten sich an den Aktionen des Bündnisses für „Teilhabe und Barrierefreiheit“. Gefördert wurde dieser Protesttag von der Aktion Mensch.

Sachsen – Bereich Dresden

Parade der Vielfalt 4.0 – „Ich bin entscheidend“..

„Laut und bunt – UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen“, so hatten die Organisatoren die „Parade der Vielfalt 4.0“ am 5. Mai 2013 in Dresden angekündigt und dabei gleich auf Probleme aufmerksam gemacht, die in der Landeshauptstadt Dresden Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Handicap behindern.

Dazu hatten die Dresdner Stadtarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte e.V. und der diesjährige Hauptakteur, der Verband der Körperbehinderten der Stadt Dresden e.V. im BSK sowie der Präsident der Sportvereinigung Dynamo Dresden als Schirmherr der Veranstaltung Menschen mit und ohne Behinderung aus Dresden und dem Umland eingeladen.

Nach dem Treffen um 14 Uhr vor der Frauenkirche ging es lautstark mit Transparenten, Luftballons und bunten Handschuhen entlang des Fürstenzuges zur Freitreppe an der Brühlischen Terrasse, unterstützt u. a. durch die Sambaband UNIVERSO. Dort zückten auch Touristen und Dresdner Einwohnern, die durch Handzettel von Inhalt und Ziel der Aktion unterrichtet wurden, die Kameras. Längs des Fürstenzuges war für die Rollstuhlfahrer, sozusagen als Erinnerung an Stadtväter und Denkmalschützer, eine Rollbahn ausgelegt worden, um ihnen das Passieren der Straße mit dem „Hoppelpflaster“ aus der Napoleon-Zeit zu erleichtern. Leider war das nur als kurzzeitiges „Beratungsmuster“ präsent.

Höhepunkt war eine Fotoaktion vor und auf der Treppe: Bunt ist die Welt, ob behindert oder nicht behindert, alle gehören dazu – barrierefreie Teilhabe für alle. Dazu gehört z. B. auch der fehlende Aufzug an der Freitreppe zur Brühlischen Terrasse, seit Jahren von Land und Stadt versprochen, aber bisher nicht realisiert. Dazu gehören nach Ansicht der mehr als 600 Teilnehmer, davon etwa 50 im Rollstuhl, aber auch selbstbestimmtes und barrierefreies Wohnen, persönliche Assistenz und Partizipation an politischen Prozessen. Besonders beim zuletzt genannten, in der Regel nicht mit Kosten, sondern nur mit Bereitschaft und Willen verbunden, liegt noch vieles im Argen. Immer noch wird von Politik und Verwaltung bundesweit, im Freistaat und in den Kommunen zu oft über behinderte Menschen entschieden, statt mit ihnen. Noch wird oft Barrierefreiheit verkündet, die keine ist. Nach wie vor gibt es im Freistaat Sachsen und in vielen Kommunen, bei den Krankenkassen und weiteren bedeutsamen Partnern keine Konzepte bzw. Programme zur praxiswirksamen Umsetzung der UN-BRK. Auch die Stadt Dresden steht damit erst am Anfang. Deshalb, so die Organisatoren und Teilnehmer, fordern Menschen mit Behinderung die Einbeziehung in die Lösung sie betreffender Probleme, die Nutzung ihrer Ideen und ihres Engagements. In diesem Sinne wird die farbenfrohe und optimistische Aktion am 5. Mai 2013 in Dresden sicher nicht die letzte gewesen sein, um Gleichstellung, Teilhabe und Inklusion zur Normalität in der Gesellschaft werden zu lassen.

2.2.1 Selbsthilfe Körperbehinderter Landesverband Baden-Württemberg e.V.



Auch das Jahr 2013 war für den Landesverband Selbsthilfe Körperbehinderter Baden-Württemberg e.V. (LSK) ein arbeitsreiches und erfolgreiches Jahr. Bei zahlreichen, rechtlichen und gesetzlichen Entwicklungen konnten wir an maßgeblicher Stelle mitarbeiten. Besonders wichtig war uns, dass wir die Argumente aus der Sicht betroffener Menschen einbringen konnten.

Die wesentlichsten Höhepunkte waren

Die Novellierung der Landesbauordnung nach langen Diskussionen. In Zusammenarbeit mit anderen Behindertenorganisationen haben wir Vorschläge für die Novellierung der Landesbauordnung gemacht und in direktem Kontakt mit dem Ministerium die wichtigsten Argumente ausgetauscht.



Gruppenbild anlässlich der Unterzeichnung der Zielvereinbarung mit der Sozialministerin, Katrin Altpeter, sowie dem Behindertenbeauftragten des Landes Baden-Württemberg, Gerd Weimer.

Zielvereinbarung mit der Landesbank: Auch hier haben wir entsprechend den Vorgaben zusammen mit anderen Behindertenorganisationen und der Landesbank lange diskutiert und zum Schluss in Anwesenheit der Sozialministerin gemeinsam die Zielvereinbarung unterzeichnet.

Gemeinsam mit 13 Organisationen und Selbsthilfeverbänden behinderter und chronisch kranker Menschen

und in Anwesenheit von Sozialministerin Katrin Altpeter sowie dem Landesbehindertenbeauftragten Gerd Weimer hat der Landesverband Selbsthilfe Körperbehinderter Baden-Württemberg e.V. (LSK) mit dem Sparkassenverband Baden-Württemberg eine „Zielvereinbarung zu barrierefreien Bankdienstleistungen“ unterzeichnet (1. Oktober 2013).

Ziel dieses Vertrags ist es, dass alle Dienstleistungen der Sparkassen barrierefrei und ohne Einschränkungen in Anspruch genommen werden können. Die 53 Sparkassen in Baden-Württemberg wollen diesem Ziel jetzt im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung näher kommen. Der Sparkassenverband wird auf seiner Homepage (www.sv-bw.de) regelmäßig berichten, welche Sparkassen der Zielvereinbarung beigetreten sind.

Tag der behinderten Menschen im Landtag: Nachdem im Jahr 2013 das Landtagsgebäude umgebaut wurde, musste die Veranstaltung in die Liederhalle verlegt werden. Leider war im Gegensatz zu den vergangenen Legislaturperioden die Anzahl der Abgeordneten sehr gering und enttäuschend. Demzufolge sind auch die Erwartungen an die Veranstaltung geschrumpft.

Als Mitglied im Fahrgastbeirat für den Schienenpersonennahverkehr Baden-Württembergs konnte der LSK ganz wesentlich an dem Fahrzeuglastenheft der Schienenfahrzeuge der nächsten Jahrzehnte mitarbeiten und beraten.

Auch die Zusammenarbeit mit der LAG-S (Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Baden-Württemberg) mit über 60 landesweiten Organisationen und 60.000 Einzelmitgliedern konnte der LSK in der Person des stellvertretenden Vorsitzenden maßgeblich mitwirken.

Bei den zahlreichen Terminen im Sozialministerium und im Haus der Wirtschaft konnten wir die Interessen der Menschen mit Körperbehinderung gegenüber dem Sozialministerium deutlich machen und vertreten. Außerdem können der intensive Kontakt und die gute Zusammenarbeit mit dem Landesbehindertenbeauftragten Gerd Weimer dies wirkungsvoll unterstützen.

Im Juni 2013 fand im Verkehrsministerium (MVI) von Minister Winfried Hermann eine Diskussion mit Menschen mit Behinderung statt. An dieser Diskussion war der Landesverband maßgeblich beteiligt. Schon im Vorfeld reiste ein Kamerateam im Auftrag des Verkehrsministeriums beim LSK-Vorsitzenden, Willi Rudolf, in Öschingen an, um die gesamte Reise und Abwicklung bis in das Gebäude des Ministeriums mit einem Film festzuhalten.



Diskussion mit dem baden-württembergischen Verkehrsminister Hermann (re.), an der auch der BSK-Landesvorsitzende Willi Rudolf (vorne li.) teilnahm.

Im Laufe des Jahres war es auch möglich, mit maßgeblichen Politikern persönlich zu reden. Hierbei möchte ich nur an den Bundestagspräsidenten Lammert, den Landtagspräsidenten Wolf und den Behindertenbeauftragten der Bundesregierung Hubert Hüppe erinnern.



Willi Rudolf im Gespräch mit Bundestagspräsident Norbert Lammert (li. Bild) und dem Bundesbehindertenbeauftragten Hubert Hüppe

Nachdem zwischenzeitlich in Baden-Württemberg Regional-Konferenzen für das Landes-Behindertengleichstellungsgesetz

2.2 Landesverbände/Landesvertretungen

abgeschlossen sind, hoffe ich, dass das Gesetz bald verabschiedet werden kann.

Ende des Jahres 2013 konnten wir unser Projekt Inklusionsbegleiter auf den Weg bringen. Mit Unterstützung der Landesstiftung sowie der Paul Lechler Stiftung werden wir in den kommenden drei Jahren mit Hilfe von Inklusionsbegleitern im Sinne von Inklusion gegenseitige Vorurteile abbauen. Durch gemeinsame Aktionen und Ereignisse soll das normale miteinander erfahren werden und ein sicheres Verhalten eingeübt werden. Hierzu werden wir auch entsprechende Schulungen anbieten.

Als weiteres Projekt konnten wir die lange geplante Wanderausstellung für Barrierefreiheit realisieren. Mit Unterstützung des Sozialministeriums werden wir bei diesen Veranstaltungen Gelegenheit bieten, Barrierefreiheit erlebbar zu machen.

Wir sind sicher, dass wir mit diesen Aktionen und Projekten einen wesentlichen Schritt in Richtung Inklusion machen werden. Selbstverständlich mussten im vergangenen Jahr auch weitere Aufgaben und Arbeiten wahrgenommen werden. Mit der obigen Aufstellung wollten wir die wesentlichen Höhepunkte und Erfolge aufzeigen. Außer den regulären Besprechungen sind 65 landesweite Termine vermerkt, die überwiegend in Stuttgart stattfanden (überwiegend Ganztagestermine).

Homepage: www.lsk-bw.de



2.2.2 Selbsthilfe Körperbehinderter Landesverband Bayern e.V.

Der BSK-Landesverband Bayern stellte sich auf der Seniorenmesse „Invida“ vor. Diese findet immer zusammen mit der Werkstattmesse statt. Wir konnten auch in diesem Jahr am Gemeinschaftsstand des Paritätischen unterkommen. Unterstützt wurden wir durch die Vorstandschaft des BSK-Bereichs Nürnberg/Fürth. Die Besucherzahl war konstant hoch und es konnten auch einige vielversprechende Gespräche mit Betroffenen oder deren Angehörigen geführt werden.

Als Träger unserer Behinderteneinrichtung Haus Hahnenkamm in Heidenheim/Mittelfranken waren wir voll in die Arbeit in allen Bereichen integriert. Dazu gehörten auch Gespräche mit der Heimaufsicht, dem Bezirk Mittelfranken, Pflegesatzverhandlungen mit der Pflegekasse, sowie Öffentlichkeitsarbeit, um unsere Einrichtung in der Region auch bekannter zu machen. Wichtig war uns auch die Kontaktpflege zur Marktgemeinde Heidenheim und deren Bewohnern/-innen sowie dem Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen.

Wir halten auch regen Kontakt zu unseren Dachorganisationen wie dem Paritätischen und der LAG, und nehmen regelmäßig an deren Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen wie Teilhabegesetz und Umsetzung der BRK in den Ländern teil.

Gespräche mit Mitgliedern der im bayrischen Landtag vertretenen Parteien bei offiziellen Veranstaltungen gehörten ebenso zu unseren Aufgaben, wie der Kontakt zu politischen Vertretern auf regionaler Ebene, in den Städten und Gemeinden sowie zu den Behindertenbeauftragten. Wichtig ist uns, dass in allen Bereichen vorhandene Barrieren abgebaut oder beseitigt werden, um den Alltag für Menschen mit Körperbehinderung leichter zu gestalten.

Zu unserer Arbeit zählen auch die Unterstützung der Ziele unseres Bundesverbandes und Mitarbeit an seinen Veranstaltungen sowie Hilfestellung in unseren Bereichen bzw. Untergliederungen bei der Umsetzung und Durchführung von eigenen Projekten.

Homepage: www.bsk-lvbayern.de



2.2.3 BSK-Landesverband Selbsthilfe Körperbehinderter Berlin e.V.

Vom 26. bis 27. Februar 2013 fand die jährliche TÜV-Veranstaltung zum Thema: „Mobilität und Sicherheit in Behindertenfahrdiensten“ statt.

Am 11. April 2013 und am 12. Oktober 2013 waren die Mitgliederversammlungen der LVS (Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.). Am 5. Mai, dem Europäischen Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft, organisierte der BSK in Zusammenarbeit mit dem BSK-LV-Berlin einen Infostand am Brandenburger Tor. Vor Ort war auch ein Kamerateam, gefördert von der AKTION MENSCH, das die BSK-Aktion dokumentierte.

Beim Demonstrationzug vom Kanzleramt zum Brandenburger Tor, der von BBV und Daheim statt Heim organisiert wurde, beteiligten sich auch viele Mitglieder des Landesverbandes Berlin e.V.

Im Rathaus Lichtenberg waren wir auf Einladung des Bezirksamtes am 14. Juni 2013 beim Hoffest mit drei Mitgliedern des LV-Berlin e.V. vertreten. Es gab viele anregende Gespräche bezüglich des Bezirks Lichtenberg. Thomas Hannig, der den BSK-Landesverband Berlin e.V. als Mitglied im Behindertenbeirat Lichtenberg vertritt, war ebenfalls dort.

Im Sommer wurde die Bilderausstellung „Blickwinkel“ in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz eröffnet, an der Thomas Hannig und Ernst-Helmut Matschke teilnahmen.

Auf dem Alexanderplatz fand am 20. Juli 2013 ein Tag zum Thema: „Pflege und Gesundheit“ statt. Wir nahmen mit einem Stand daran teil und verteilten Informationsmaterial und führten einige Gespräche.

Die Vorsitzende Monika Matschke, konnte wegen eines Unfalls Anfang März 2013 an den Terminen bis Ende August nicht teilnehmen.

Zum Tag der offenen Tür in der Körperbehindertenschule Lichtenberg wurden wir, wie jedes Jahr, herzlich willkommen geheißen. Einige Vorstandsmitglieder sind dort zur Schule gegangen und kennen noch einige Lehrer.

In der BSK-Repräsentanz hat sich Monika Matschke Cindy Quast vorgestellt, die die BSK-Repräsentanz in Berlin übernommen hat. Auch wurde über eine Zusammenarbeit gesprochen.

Am 28. September 2013 fand im Pflegestützpunkt Mitte zum ersten Mal eine Reisemesse statt, an der wir auch mit Hanna Ursin von der BSK-Reisen GmbH in Krautheim erfolgreich teilnahmen.

Im Oktober 2013 sollte die Neuwahl des Vorstandes stattfinden. Durch einen Formfehler haben einige Mitglieder die Versammlung gekippt, so dass die Wahl annulliert und auf das nächste Jahr verschoben wurde.

Eine rege Podiumsdiskussion fand am 7. November 2013 im „Haus der Demokratie und Menschenrechte“ statt. Das Thema: Diskutieren Sie mit den Behindertenbeauftragten über bisher Erreichtes sowie über Schwachstellen und Probleme. Ernst-Helmut Matschke vertrat regelmäßig den BSK-Landesverband Berlin e.V. im Behindertenbeirat Berlin-Mitte.

Die Vorstandsmitglieder Thomas Hannig, Ramona Schultz und Andrea Stahmann nahmen regelmäßig als Mitglieder an den Sitzungen der Behindertenbeiräte in den Bezirken und an der AG Bauen und Verkehr des Senats teil. Andreas Kuhnert vertritt uns im Vorstand der LVS.



2.2.4 BSK e.V. Landesvertretung Hessen

Nach der Übernahme der Leitung durch Lothar Kempf am 1. Januar 2013, hat die bisherige Leiterin, Erika Schmidt, ihre Mitarbeit eingestellt. Lediglich die Arbeit im Behindertenrat des Main-Kinzig-Kreises hat sie seitdem weitergeführt. Lothar Kempf hatte am 15. Mai 2013 an einer Sitzung des Landesbehindertenrates Hessen in Marburg teilgenommen.

An weiteren Treffen von Interessenverbänden konnte Lothar Kempf aus persönlichen Gründen nicht teilnehmen oder es wurden Treffen verschoben ins Jahr 2014 (LAGH).

Ansonsten gab es mehrere Treffen von Lokal- und Bundespolitiker/-innen in der Selbsthilfe Körperbehinderter Hanau/Gelnhausen e.V., an denen Lothar Kempf immer auch als Landesvertreter des BSK teilnahm. Als Beispiel sei Dr. Katja Leikert, Mitglied des Deutschen Bundestages, genannt.

Ebenfalls bekam Lothar Kempf viele telefonische Anfragen, die zum Teil selbst beantwortet bzw. weitervermitteln konnten. Die Verbandszeitschrift „LEBEN&WEG“ wurde regelmäßig in Arztpraxen und anderen exponierten Stellen ausgelegt. Der Fachtag der Selbsthilfe Körperbehinderter Hanau/Gelnhausen e.V. am 21. Juni 2013 wurde von der LV finanziell unterstützt.

2.2.5 BSK-Landesvertretung Selbsthilfe Körperbehinderter Niedersachsen



Das für Thomas Harms erste Jahr als Landesleiter des BSK Niedersachsen war geprägt vom Kennenlernen. Einen gelungenen Einstieg hierzu bot ein mit dem Nieder-

sächsischen Behindertensportverband vom 28. Februar bis 3. März 2013 durchgeführtes BSK-Bildungsseminar im Haus der Fürst Donnersmark Stiftung in Bad Bevensen. Am 7. März 2013 fand ein Arbeitstreffen beim Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung statt. Daraus ergab sich, dass der Leiter der Landesvertretung des BSK Niedersachsen stellvertretend für vier Behindertenverbände (Deutsche Gesellschaft für Muskelerkrankte e.V., Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte, Bundesverband Poliomyelitis und BSK e.V.) für den Landesbehindertenbeirat Niedersachsen be-



Teilnehmende des BSK-Bildungsseminars der Landesvertretung Niedersachsen

nannt wurde. Es fanden 2013 insgesamt vier Beiratssitzungen statt. Schwerpunkt war die Neugestaltung des NBGG für Niedersachsen.

Weitere offizielle Termine schlossen sich an

- 16. Juni: Standbetreuung bei der IRMA in Bremen,
- 4. Juli: BSK-Veranstaltung in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Berlin,
- 21. August: Bilanzveranstaltung Inklusion in Hannover,
- 10. Oktober: Festakt aus Anlass des Beitritts Niedersachsens zur Koalition gegen Diskriminierung in Hannover,
- 24. Oktober: Anhörung im niedersächsischen Landtag zum Thema „Barrierefreie Gestaltung des neuen Landtages“,
- 27. November: Landestreffen des BSK Niedersachsen in Hannover mit dem Hauptthema „BSK Wohnprojekt Patensen“,
- 10. Dezember: Jahresabschlussveranstaltung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung.

Zusätzlich fanden zahlreiche Arbeitstreffen und Besuche von BSK-Mitgliederversammlungen statt.

2.2.6 Landesvertretung Selbsthilfe Körperbehinderter Nordrhein-Westfalen



Folgende Tätigkeiten wurden in 2013 ausgeführt

- Buchführung 2013 der Landesvertretung NRW
- Kontaktpflege zu Bürgervertretungen, Parteien, Verwaltungen, der örtlichen Tagespresse und zu Netzwerken der Behinderten-Selbsthilfe.
- Teilnahme und Mitarbeit als BSK-Vertreter/-innen bei den LAG-Fachkonferenzen sowie in der örtlichen Arbeitsge-

2.2 Landesverbände/Landesvertretungen

meinschaft der Gelsenkirchener Behindertenverbände und Selbsthilfegruppen (AGB).

- Teilnahme und Mitarbeit am Forschungsvorhaben der Bundesanstalt für Straßenwesen bei der Studiengesellschaft für unterirdische Verkehrsanlagen e. V. (STUVA): Barrierefreie Querungsstellen an Hauptverkehrsstraßen.
- Teilnahme an einer Fachtagung der Uni Siegen: Partizipation und Inklusion von Menschen mit Behinderung.
-
- Umfassende Information und Beratung der BSK-LV in sozialpolitischen Fragen
- Unterzeichnen der 10-Jahres-Mitgliedsurkunden und der Urkunden für 25 Jahre
- Mitarbeit im Projektbeirat der Stadt Bonn zur Umsetzung des Teilhabeplanes mit den Teilbereichen, z. B. inklusive Schule, Bildung, Arbeit, Barrierefreiheit, Kultur und Sport, Gesundheit und Pflege, besondere Gruppen, übergreifende und vernetzte Beratung
- Mitarbeit im Unterausschuss Inklusion des Sozialausschusses des Bonner Stadtrates
- Behinderung u. Entwicklungszusammenarbeit e.V. (bezev)
- bezev-Workshop für Selbstvertretungsorganisationen in Berlin
- Info und Werbung neuer Mitglieder

Chronologische Daten

- Seminar in Königswinter vom 11. bis 13. Januar: „Behinderung und Ernährung global“
- 15. bis 16. Februar: „Behinderung und Entwicklung. Das geht uns was an!“
- 5. März: Landtagstak in Düsseldorf, SPD-Fraktion NRW zum Thema „Auf dem Weg in ein inklusives NRW“
- 22. bis 24. März: BSK-Schulung Nord „Hilfsmittelversorgung“ in Duderstadt
- 19. bis 21. Mai: BSK-LV-Treffen in Krautheim
- 23. Mai: BSK-Stand auf der Reha Messe OWL Bad Salzuflen
- 7. bis 9. Juni: BSK-Bereichsleitertagung Duderstadt
- 21. Juni: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW (MAIS) Fachtagung in Düsseldorf „Nur mit uns!“ Politische Partizipation von Menschen mit Behinderung in den Kommunen stärken!
- 4. Juli: MAIS NRW – Inklusionsbeirat-Sitzung in Düsseldorf, Teilnahme als Stellvertreterin für den Bereich Körperbehinderung des Inklusionsbeirats der Landesregierung NRW
- 25. bis 28. September: REHACARE in Düsseldorf, BSK-Standdienst
- 1. bis 2. November: bezev-Workshop in Köln „Wie soll die Welt von morgen aussehen – zukunftsfähige Entwicklung inklusiv gestalten“ Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen
- 13. Dezember: Auftaktveranstaltung der Landesregierung NRW in Düsseldorf zum Bürgerdialog „Heimat im Quartier! Wie wollen wir leben?“

2.2.7 Landesvertretung Selbsthilfe Körperbehinderter Rheinland-Pfalz



- Allgemeine Aktivitäten: Beratungen, verschiedene Besuche bei den Untergliederungen und Mitgliedern, Mitgliederwerbungen, Ehrungen etc.
- Teilnahme an verschiedenen Sitzungen des Landesbeirats zur Teilhabe behinderter Menschen im Ministerium in Mainz
- Regelmäßiges Treffen und aktive Mitarbeit in verschiedenen Sitzungen im Netzwerk „PRO Budget Mainz,“ Austausch mit Antragstellern
- 20. Februar: Teilnahme am Parlamentarischen Abend der LAG Selbsthilfe
- 12. April: Teilnahme an der Mitgliederversammlung der LAG Bretzenheim
- 22. bis 24. April: Teilnahme an der BSK-Schulung „Hilfsmittelversorgung in GKV“ in Duderstadt
- 19. bis 21. April: Treffen der Landesvorsitzenden und Beauftragten in Krautheim
- 27. April: Teilnahme und Mitarbeit auf der Rehab-Messe in Karlsruhe



Ausstellung „Blickwinkel“ in der Landesvertretung von Rheinland-Pfalz in Berlin

- Mai: Eröffnung der Kontaktstelle Koblenz, Leiterin Olga Dolgich
- 21. Mai: Besuch bei Harald Diehl, Sozialministerium, Vortrag: Neuordnung Eingliederungshilfe, Budget für Arbeit
- 25. Mai: Beteiligung an einem gemeinsamen Stand mit dem JH Heinrich Haus Neuwied, um über den BSK zu informieren
- 7. bis 9. Juni: Teilnahme an der Bereichsleitertagung in Duderstadt
- 21. Juni: Teilnahme an der Veranstaltung anlässlich des 40-jährigen Bestehens des BSK-Bereichs Hanau-Gelnhausen und Teilnahme an der Fachtagung „Inklusive Bildung begleiten“
- 4. Juli: Ausstellung „Blickwinkel“ in der Landesvertretung RLP Berlin
- 24. bis 28. September: Teilnahme an der REHACARE in Düsseldorf und Mitarbeit am dortigen BSK-Stand

- 6. November: Teilnahme an der Veranstaltung „Mit Barrierefreiheit zur mehr Teilhabe am Leben“ in Bernkastel-Kues
- 24. November: Treffen der Untergliederungen aus RLP in Mainz

2.2.8 Landesvertretung Selbsthilfe Körperbehinderter Saarland



Im zurückliegenden Jahr waren die ehrenamtlichen Mitarbeiter/-innen der saarländischen Untergliederungen des BSK bei zahlreichen Aktionen, Veranstaltungen und in verbandsübergreifender Gremienarbeit aktiv, wie z. B. im Landesbehindertenbeirat, im Behindertenbeirat der Stadt Saarbrücken, diversen Arbeitsgruppen und Runden Tischen zur Umsetzung des UN-BRK-Aktionsplans der Landesregierung und am Runden Tisch zum Thema Sexualität und Behinderung.

- Im Februar trafen sich Dunja Fuhrmann und Uwe Wagner mit der Ministerpräsidentin des Saarlandes, Annegret Kramp-Karrenbauer, in Saarbrücken. Im Zuge der Umsetzung des Aktionsplanes forderten die beiden BSK-Vertreter die Kontrolle beim Neubau von Mehrfamilienhäusern auf Barrierefreiheit. Auf der Tagesordnung stand auch die Forderung des BSK, keine öffentlichen Fördergelder zu vergeben, wenn die Barrierefreiheit beim Bau/Umbau nicht beachtet wird.

- Mit zehn Rollstuhlfahrern und einigen Menschen mit Sinnesbehinderung standen die BSK-Mitglieder am 25. Februar vor dem Cinestar-Kino und wollten gemeinsam im Rahmen des Filmfestivals Max-Ophüls-Preis Kurzfilme anschauen. Wie in den Jahren zuvor gab es auch diesmal keinen Platz für diese Anzahl an Mobilitätsbehinderten Menschen. Auch wurde kein Film mit Untertitelung und Audiodeskription angeboten. Seitens der BSK-LV Saarland wurde erneut eine Forderung an die Veranstalter des Filmfestivals Max-Ophüls-Preis gerichtet, dass alle Maßnahmen ergriffen werden, um Menschen mit Körper- oder Sinnesbehinderungen die Teilnahme an diesem mit öffentlichen Geldern geförderten Veranstaltung zu ermöglichen. Zugleich boten sie ihre Mitarbeit und die der beteiligten Behindertenverbände bei der barrierefreien Planung der nächsten Veranstaltung an.



Uwe Wagner und Dunja Fuhrmann (re.) mit der Ministerpräsidentin des Saarlands Annegret Kramp-Karrenbauer



Demo beim Filmfestival

Zugleich boten sie ihre Mitarbeit und die der beteiligten Behindertenverbände bei der barrierefreien Planung der nächsten Veranstaltung an.

- Im April wurde die Therme Rilchingen-Hanweiler von BSK-Mitgliedern auf Barrierefreiheit und Nutzbarkeit getestet und dabei etliche

Mängel in Details angeprangert. Weil die meisten Architekten „wenig oder keine Ahnung“ von Bedürfnissen der Geandicapten und die Bauaufsichtsbehörden zwar „Ahnung, aber zu wenig Personal“ haben, nehme der Kummer absehbar seinen Lauf, kritisierte BSKler Albert Metzinger. Wenn dann Rollstuhlfahrer/-innen nach einer Eröffnung ihr Recht auf Zutritt anmahnten, würden sie als Bittsteller/-innen und



BSK-Mitglieder prüften die Therme Rilchingen-Hanweiler auf Barrierefreiheit

Miesmacher/-innen in die Ecke gestellt, ergänzte Uwe Wagner, Leiter der LV Saarland des BSK. Beide trugen erneut ihre Überzeugung vor, dass überlegt und früh geplante Barrierefreiheit ein Bauvorhaben nur wenig verteuere, allerdings den Nutzen und den Komfort für alle Gäste erhöhe.

- Dunja Fuhrmann wurde am 4. Mai 2013 im Rahmen der Mai-Protestaktion für die Gleichstellung behinderter Menschen in der Gesellschaft vom Leiter der Landesvertretung Saarland, Uwe Wagner, zur Stellvertreterin ernannt und Herrmann Mottweiler, seit über 30 Jahren BSK-Mitglied, erhielt die Ernennungsurkunde für die Kontaktstelle Klarenthal.



Beratung am BSK-Stand auf Rehab-Messe in Karlsruhe

- Michael Frisch wurde bei seinem Einsatz am Messestand des BSK auf der Rehab in Karlsruhe zum Leiter der neugegründeten Kontaktstelle St. Ingbert ernannt.
- Im Juni fand in Saarbrücken-Klarenthal der Deutschlandpokal im Hallen-Boccia für behinderte und nichtbehinderte

2.2 Landesverbände/Landesvertretungen



BSK-Stand auf der Seniorenmesse in Völklingen

Menschen statt. Dabei war auch das Team um BSK-Landesstellenleiter Uwe Wagner, das aber am Ende nur die letzten beiden Plätze belegen konnte.

- Auf der Seniorenmesse in Völklingen durfte der BSK-Saarland zum ersten Mal seine Aktivitäten und Leistungen präsentieren. Große Aufmerksamkeit fanden der Reisekatalog des BSK und der Euro-WC-Schlüssel.

- Im Juli übernahm Manfred Steuer von Dunja Fuhrmann die BSK-Kontaktstelle Saarbrücken. Mit Manfred Steuer konnten wir ein engagiertes Mitglied als Kontaktstellenleiter gewinnen, der voller Ideen und Tatendrang ist.

- Die Pläne für den Saarbrücker Fernbusbahnhof haben im Juni 2013 die BSK-Landesvertretung Saarland Alarm schlagen lassen. Die vom Stadtrat beschlossene Vorlage des Ausbaus des Fernbusbahnhofs musste aufgrund des schriftlichen Protests der BSK-Landesvertretung Saarland an das Ministerium, das den Ausbau mit Landesgeldern förderte, umgeändert werden. Zuvor sahen die städtischen Planer keinen barrierefreien Ausbau der Haltestellen vor.

- Am 5. August 2013 trafen sich Michael Frisch (Kontaktstelle St. Ingbert), Hardy Heinke (Kontaktstelle Oberthal), Manfred Steuer (Kontaktstelle Saarbrücken), Hermann Mottweiler (Kontaktstelle Klarenthal), Dunja Fuhrmann (stellvertretende Leiterin der Landesvertretung Saarland) und Uwe Wagner (Leiter Landesvertretung Saarland) in Saarbrücken in den Räumen der KISS (Kontakt und Informationsstelle für Selbsthilfe im Saarland) zu einem ersten Treffen der Kontaktstellenleiter. Dabei war auch Raymund Kneip, der auch eine Kontaktstelle betreuen will. Thema dieses Treffen war die bessere Vernetzung der Kontaktstellen untereinander, neue Mitglieder zu werben und viele andere Themen. Es wurde unter anderem beschlossen, dass sich die Kontaktstellen alle drei Monate treffen.

- Michael Frisch und Dunja Fuhrmann unterstützten im September das Messeteam des Bundesverbandes auf der REHA-CARE in Düsseldorf. Zudem konnte Dunja Fuhrmann im Café Forum ihr Kletter-Video zeigen und im Gespräch mit Peter Reichert dem interessierten Publikum ihre Leidenschaft für das Klettern erklären.

- Am 19. Oktober 2013 nahm eine Mannschaft, bestehend aus Edi Dauster, Martin Gürth und Uwe Wagner an einem Behinderten-Hallenboccia-Turnier in Waldshut-Tiengen (Baden-Württemberg) teil. Von 17 Mannschaften belegte die Mannschaft der Crazy-Rollis-BSK-Saarland einen hervorragenden 8. Platz. Außerdem nahm an dem Turnier auch eine Mannschaft vom BSK-Krautheim und dem BSK-Singen teil.

- BSK-Mitglieder und die Leiterin/ der Leiter der Landesvertretung Saarland nahmen im zurückliegenden Jahr am ersten Erste-Hilfe-Kurs des DRK für Menschen mit Körper- und Sinnesbehinderung teil. Für 2014 ist ein Aufbaukurs geplant.

- Beteiligung der Mitglieder der BSK-Landesvertretung Saarland an Veranstaltungen: Teilnahme an dem Sportfest „St. Annual bewegt sich“ mit Infostand und Rollstuhlparcours; Unterstützung bei verschiedenen Come-together-Parties; Teilnahme an Tischtennisturnieren in Rehlingen und in Beckingen und mit Handbikes am Freundschaftslauf des TV Rehlingen sowie beim Gourmethalbmarathon in Saarbrücken.

- Im Rahmen der Gremienarbeit hatten die Mitglieder des LV-Saarland Gespräche mit Vertretern/-innen im Landesbehindertenbeirat, im Behindertenbeirat der Stadt Saarbrücken sowie an einem Runden Tisch zum Thema Sexualität und Behinderung.

Uwe Wagner erhielt aus den Händen von Friedrich Zumbusch, Mitglied im vertretungsberechtigten Vorstand des BSK, die Ernennungsurkunde zum Leiter der BSK-Landesvertretung Saarland für die nächsten Jahre.

2.2.9 Landesverband Selbsthilfe Körperbehinderter Sachsen e.V. im BSK



Der Landesverband Selbsthilfe Körperbehinderter Sachsen e.V. (LSKS), sächsische Teilstruktur des BSK, hat sich im Jahr 2013 insbesondere diesen Aufgaben gewidmet:

- Mitwirkung an der praktischen Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Freistaat Sachsen und seinen Kommunen,
- Realisierung der Selbsthilfeprojekte „ÖPNV/SPNV für alle – Regionen“ und „Internetportal SELBSTHILFENETZWERK SACHSEN“,
- Unterstützung der sächsischen BSK-Bereiche und Kontaktstellen bei der Körperbehindertenselbsthilfe in den Landkreisen und kreisfreien Städten.

Bei der Umsetzung der genannten Aufgaben pflegt der LSKS u. a. die Zusammenarbeit mit anderen Körperbehindertenvereinigungen, mit der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Sachsen e.V. (LAG SH) und dem PARITÄTISCHEN SACHSEN. Er beteiligt sich an Diskussionen, Anhörungen, weiteren Aktivitäten. So unterhält der LSKS auch Kontakte zu den Fraktionen und Ausschüssen des Landtages, zur Staatsregierung, Ämtern und Behörden, Reha-Trägern und weiteren Partnern. Er wirkte u. a. im Rahmen einer aktiven Mitarbeit an der Erarbeitung eines Entwurfes (der Fraktionen der SPD und der LINKS-Fraktion) eines Sächsischen Gleichstellungs-, Inklusions- und Teilhabegesetzes auf Basis der UN-Behindertenrechtskonvention mit.

Der LSKS gestaltet eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit, besonders über das Internetportal www.selbsthilfenetzwerk-sachsen.de mit insgesamt über 15.000 Nutzern. Im Jahr 2013 gingen 259 SH-NEWS online, darunter 123 Meldungen



Veranstaltung des Landesverbands Sachsen

in einfacher Sprache. Über 830 Abonnenten beziehen den SH-Newsletter. Diesen gab es 2013 in 29 Ausgaben. Überdies wurde das Internetportal grafisch und inhaltlich optimiert. Kontakt zur regionalen Presse wird gepflegt, im zweiten Halbjahr sind acht Pressemitteilungen versandt worden. Hinzu kommt die Vorstellung der Projekte und Selbsthilfefaktivitäten auf insgesamt sechs verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen.

Eine sehr enge Kooperation besteht mit den Verkehrsverbänden VVO und ZVON sowie mit den dort eingebundenen Verkehrsunternehmen. Es wurde eine Fachtagung zum barrierefreien ÖPNV durchgeführt. In den Beratungen der Projektgruppen, bei zahlreichen Ortsterminen und fachlichem Austausch konnten wichtige Vereinbarungen zur weiteren Gestaltung des „ÖPNV/SPNV für alle“ getroffen werden. In der Stadt Dresden wurden 2013 sechs Mobilitätstrainings zur Nutzung von Stadtbahn, Bus und Regionalverkehr der Deutschen Bahn durchgeführt. Weiterhin fand eine barrierefreie Ausfahrt mit Mobilitätstest statt.

Ein Höhepunkt des Jahres war die Landesverbandsschulung zur Weiterentwicklung der Selbsthilfe in Sachsen. Auch das Gemeinschaftsprojekt zur Mitgliedergewinnung des BSK/LSKS mit dem Jugendreferenten Stephan Fischer mit den Schwerpunktbereichen Dresden und Grimma ist erfolgreich angelaufen. Der LSKS ist im Freistaat Sachsen als aktiver Interessenvertreter Körperbehinderter und konstruktiver Mitgestalter gesellschaftlicher Prozesse anerkannt und geachtet.

Homepage: www.selbsthilfenetzwerk-sachsen.de

2.2.10 Landesvertretung Selbsthilfe Körperbehinderter Thüringen



Die Kompetenzgruppe „Barrierefreier Tourismus“ (Thüringen) traf sich am 31. Januar 2013 in Erfurt zur 2. Beratung. Sylvia Engel (SHG Weimar) und Hendrik Grützner (Landesvertretung Thüringen) nahmen an dieser Veranstaltung beratend teil. In der Kompetenzgruppe sind Behindertenverbände, lokale Tourismusverbände sowie Unternehmen (z.B. Hotelketten, Freizeitbäder usw.) vereinigt, die beratend bei der Erstellung der Literatur mitwirken. Hier habe ich Informationen beigesteuert, Ziele aufgelistet bzw. Vorschläge zur Gestaltung und dem Inhalt gemacht.

Die Thüringer Tourismus GmbH hat mit diesen Informationen und weiteren aus der Kompetenzgruppe zwei umfangreiche und aussagekräftige Broschüren zum Thema Barrierefreiheit in Thüringen veröffentlicht. (2013 Thüringen Barrierefrei und 2014 Barrierefreie Unterkünfte). Es wurden Personen geschult, die dann die Erhebung vor Ort vornahmen und die Daten erfassten.

Am 6. April 2013 fand in Behringen die Jahreshauptversammlung des ForseA (Forum selbstbestimmter Assistenz) statt. Dieser Bundesverband hat etwa 750 Mitglieder und der BSK ist der größte Mitgliederverband. Das Anliegen des ForseA ist die bedarfsgerechte und persönliche Assistenz als ein Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben.

Die jährliche Kraftfahrerschulung (zwei Veranstaltungen) für Verkehrsteilnehmer/-innen findet großen Anklang und wird für Bereiche und Kontaktstellen in Thüringen angeboten. Diese Schulungen können auch anderen Landesverbänden vermittelt werden.



Verkehrsteilnehmerschulung für Bereiche und Kontaktstellen in Thüringen

Zusammen mit dem Theater-Förderverein wurde der „Schminkkasten“ mit einem Lift ausgestattet, so dass in diesem besonderen Theater die Veranstaltungen von Menschen mit Behinderung besucht werden können.

Die Rekonstruktion der Wander- und Radwege im Bereich des Rudolstädter Parks (BSK-Initiative) ist ein gutes Beispiel für Einklang von Natur, Barrierefreiheit und Initiativen für den lokalen Tourismus.

2.3 Tochtergesellschaften

2.3.1 Eduard-Knoll-Wohnzentrum GmbH



Das Eduard-Knoll-Wohnzentrum (EKWZ) bietet Menschen mit Körperbehinderung Wohn- und Lebensraum und gehört zu den modernsten Wohneinrichtungen in Europa. Momentan leben 90 Bewohner/-innen im stationären Bereich und 16 im Betreuten Wohnen. Unsere wichtigste Grundidee ist, den Bewohner/-innen ein gemeinsames Leben in Selbstbestimmung und Eigenverantwortung zu bieten. Unterstützt wird diese Idee durch Assistenz, Förderung, Pflege und unterschiedlichste Angebote.

Aktion Tapetenwechsel

Nach vielen Jahren ist es wieder einmal gelungen, eine Freizeit zu organisieren. Von 13. bis 20. Oktober 2013 starteten wir mit einer Gruppe von fünf Bewohner/-innen und mit unseren hauseigenen rollstuhlgerechten Fahrzeugen zu einer einwöchigen Unternehmung nach CAP-Rotach bei Friedrichshafen.



Zeit für „Tapetenwechsel“: EKWZ-Bewohner/-innen auf Reisen in der Bodensee-Region

Möglich wurde dies durch die großzügige Spende von Dr. Beck, dem Geschäftsführer der Advanced Medical Systems GmbH (AMS), die im Dezember 2012 eine Spendenaktion unter ihren Kunden durchgeführt hatte. Das Geld kam, ganz dem Wunsch von Dr. Beck entsprechend, direkt den Bewohnerinnen und Bewohnern des Wohnzentrums zugute. Zudem fanden sich noch ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen, die die Freizeit begleiteten.

Aktion radioEdi

Neues wagten die Mitglieder der Internetradiogruppe „radioEdi“ 2013. Seither nur im Internet zu hören, machten die Mitglieder eine eigene, einstündige Sendung für den freien



Im Eduard-Knoll-Wohnzentrum in Krautheim

Radiosender „RadioStHörfunk“. Das nötige Handwerkszeug für diese Aktion bekamen die Edis von Wolf Sternberg, dem Redakteur von RadioStHörfunk, bei einer hausinternen Schulung.

Aktion Kleinkünstler

Auf der Suche nach neuen Ideen für unsere Hausfeste kamen wir auf die Idee, einen Aufruf mit Hilfe eines kleinen Films zu starten. Unter dem Motto „Ihr sucht ein Publikum, wir haben die Bühne“ drehte das Medienteam des EKWZ einen Kurzfilm, der über youtube veröffentlicht wurde. Schnell meldeten sich zwei Musikgruppen. „Acunique“ und „Kettenreaktion“ gaben zwei tolle Open Air Konzerte. Auch aus der benachbarten Realschule traten drei Schülergruppen auf. Weitere Highlights waren die Vorführung von zwei engagierten Mitgliedern des THW Künzelsau und vom Bogenparcours Hohenlohe.

Manuel

Für Manuel erfüllte sich ein Traum. Bis Mai 2013 arbeitete er in den Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Er wollte aber viel lieber „etwas mit Menschen machen“. So kam er auf die Idee, im Wohnzentrum ein Praktikum in der Tagesstrukturierung zu absolvieren. Diese Arbeit machte ihm so viel Freude, dass er sich vorstellen konnte, hier ganz zu arbeiten. Seit 1. Oktober 2013 ist er nun hier im Haus fest angestellt.

Jahresrückblick

Noch mehr Informationen über unsere Aktivitäten und interessante Neuigkeiten finden Sie auf unserer Homepage. Der Jahresrückblick 2013 mit vielen Bildern befindet sich auf unserer Homepage im Servicebereich und kann als PDF-Datei heruntergeladen werden. [Homepage: www.ekwz.de](http://www.ekwz.de)

2.3.2 BSK-Reisen GmbH



Die BSK-Reisen GmbH ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft des BSK e.V. Das Hauptangebot besteht aus der Vermittlung von barrierefreien Reisen für Individualreisende und der Veranstaltung von betreuten Gruppenreisen für Menschen mit Körperbehinderung.

Das Reiseangebot wird im Reisekatalog „BSK-Urlaubsziele“ präsentiert, der jährlich zum Jahresende erscheint. Weitere Reiseangebote und Leistungen der BSK-Reisen GmbH (Buchung von Flügen, Reiseversicherungen, Mietautos, Kur- und Wellnessreisen) findet man im Internet unter www.bsk-reisen.org.

Der Reisekatalog 2013 umfasste 72 Seiten, davon waren 15 Seiten Anzeigen. Es wurden acht BSK-Gruppenreisen angeboten, sieben davon zu bewährten Reisezielen der vergangenen Jahre. Als neues Gruppenreiseziel wurde Irland ins Programm aufgenommen. Durch die Zusammenarbeit mit



Teilnehmende eine Gruppenreise nach Griechenland

„Omnibusbetrieb Fischer“ wurde das Angebot durch Busreisen nach Italien und in den Harz erweitert. In Kooperation mit „Schottland für Alle“ wurden Gruppenreisen nach Schottland ausgeschrieben und Mietwagenrundreisen durch die USA und Kanada mit AHORN-Reisen. Neu im Programm waren Namibia-Touren mit „Behindertengerechte Reisen Raila UG“. Zudem beinhaltet der Reisekatalog weitere 42 Angebote (barrierefreie Hotels und Gästehäuser) für Individualreisende, die über die BSK-Reisen GmbH buchbar sind. Die Vermittlung und Schulung von Reiseassistenten/-innen ist eine weitere spezielle Aufgabe der BSK-Reisen GmbH. Dies ermöglicht Menschen mit Behinderung, die Assistenzleistungen während der Reise benötigen, auch individuell zu reisen.



Die BSK-Reisen GmbH publiziert jedes Jahr einen Reisekatalog für Menschen mit Behinderung

Ergebnisse und Erfolge

Die Druckauflage des Reisekataloges ist unverändert bei 13.000 Exemplaren geblieben. Es wurde wieder ein Flyer (Auflage 15.000 Exemplare) für den Katalog erstellt, der mit den Postsendungen des BSK e.V. versandt wurde. Als neue Werbeträger wurde eine Postkarte für den Reisekatalog erstellt, die an Interessenten versandt wurde, damit sie

den neuen Reisekatalog anfordern können. Dadurch konnten die Portokosten für das Katalogmailing reduziert werden. Mit Hilfe der Reiseassistenten/-innen konnte 16 Menschen mit Behinderung, die auf externe Hilfe angewiesen sind, ein Urlaub ermöglicht werden. Das betrifft sowohl Gruppen als auch Individualreisen. Die Vermittlungsgebühr für persönliche Assistenten beträgt für BSK-Mitglieder 89 Euro, für Nichtmitglieder 149 Euro.

Im Jahr 2013 fand der Workshop „Reiseassistenz für Menschen mit Behinderung“ mit 19 Teilnehmenden in der Zeit von 4. bis 10. November 2013 in Krautheim statt. Der Workshop wird durch Aktion Mensch gefördert. Die Schulungsgebühr für Unterkunft, Verpflegung und Schulungsunterlagen betrug für die Teilnehmer/-innen 298 Euro.

Im Jahr 2013 veranstaltete die BSK-Reisen GmbH drei Gruppenreisen mit insgesamt 28 Teilnehmenden (Vergleich 2012: fünf Gruppenreisen mit 39 Personen). Die Gruppenreisen wurden insgesamt von drei Reiseleitern/-innen und zwei Reiseassistenten/-innen begleitet. Sieben Personen haben während der Gruppenreisen Leistungen über Assistenzpakete in Anspruch genommen. Weitere 13 Personen haben an den Gruppenreisen unserer Kooperationspartner nach Schottland und Italien teilgenommen.

Die Anzahl der individuellen Hotelbuchungen ist im Vergleich zum Vorjahr von 88 auf 96 leicht gestiegen. Auch die Anzahl der gereisten Personen ist von 195 auf 198 Personen gestiegen.

Die BSK-Reisen GmbH präsentierte sich im Jahr 2013 auf den Messen „Rehab“ in Karlsruhe, der „IRMA“ in Bremen und „REHACARE“ in Düsseldorf.

Das im Jahr 2011 erstellte Konzept über das „Zielsystem des BSK-Reiseservices“ wurde weitergeführt. Es wurden unter anderem Messeziele für die BSK-Reisen GmbH definiert und eine neue Bannerserie für Messeauftritte erstellt, ein Reiseleiter/-innen-Treffen organisiert, an der neuen Homepage für die BSK-Reisen GmbH weitergearbeitet und sowohl die Praktikantenstelle als auch die befristete Stelle der Geschäftsführung verlängert. Für das Jahr 2014 wird das Konzept weitergeführt. [Homepage: www.bsk-reisen.org](http://www.bsk-reisen.org)

2.3.3 Krautheimer Werkstätten für

Krautheimer Werkstätten
für Menschen
mit Behinderung
gem. GmbH



Menschen mit Behinderung gem. GmbH
Die Krautheimer Werkstätten bieten Menschen mit Behinderung, die wegen Art und Schwere ihrer Behinderung nicht,

2.3 Tochtergesellschaften

noch nicht oder nicht mehr auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eingegliedert werden können, Arbeit oder Beschäftigung.

Durch die Bereitstellung von geeigneten Arbeitsplätzen nehmen diese Menschen nach Kräften am Arbeitsprozess teil, was wesentlich zu ihrer gesellschaftlichen Integration beiträgt.

Dies geschieht im Berufsbildungsbereich und den Arbeitsgruppen

- Druckerei mit Druck-Weiterverarbeitung
 - Industriemontage und Metallbearbeitung
 - Buchhandel
 - Elektronik-Altgeräte-Recycling
 - Berufsbildungsbereich
- unter sach- und fachgerechter Anleitung.

Wir sind stets bemüht, Mitarbeiter/-innen mit Behinderung auf den 1. Arbeitsmarkt zu vermitteln, was im Berichtsjahr 2013 in einem Fall erfolgreich war.

3. Dezember – Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung

Hierzu findet in der Regel an demselben Tag eine gemeinsam mit sechs weiteren Werkstätten aus der Region organisierte Aktionsveranstaltung statt. Ein Schwerpunktthema, das die Menschen mit Behinderung – vertreten durch die Werkstattdarsteller – erarbeiten, dient jeweils als Motto. Ziel und Zweck ist es, auf besondere Belange in der Behindertenarbeit und



Produktion des BSK-Kalenders „Kleine Galerie“ mit Gemälden von Kindern mit Behinderung in der WfB in Krautheim



Blick auf den Gebäudekomplex der Krautheimer Werkstätten

–politik hinzuweisen und Maßnahmen einzufordern.

In allen Bereichen sind wir bemüht, die von uns unterzeichnete UN-Behindertenrechtskonvention mit noch mehr Leben als bisher zu füllen und finden unsere Arbeit und unsere Aufgaben besonders in den Artikeln 27 und 28 wieder.

Am 4. Dezember 2013 wurde in der Werkstattvollversammlung die Selbstverpflichtungserklärung, die die Mitbestimmungsrechte der Menschen mit Behinderung innerhalb der Einrichtung regelt, zwischen Werkstattdarsteller und Geschäftsführung feierlich unterzeichnet.

Seit Dezember 2012 sind die Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung AZAV zertifiziert (= zugelassener Träger der Arbeitsförderung nach § 178 SGB III und § 2 der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung).

Hierdurch sind wir gleichzeitig berechtigt

1. Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung nach § 45 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 5 SGB III und
2. Maßnahmen zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben nach §§ 112 - 129 des SGB III durchzuführen.

Das jährliche Audit wurde im Dezember 2013 ohne Beanstandung zertifiziert.

Homepage: www.wfb-krautheim.de

2.4.1 Hohenloher Integrationsunternehmen GmbH (HIU)

H Hohenloher
I Integrations
U Unternehmen

Das Hohenloher Integrationsunternehmen startete im Jahr 2013 in sein erstes „vollständiges“ Jahr, nachdem es im Vorjahr auf Grund der Gründung nur ein paar Monate existierte.

Dieses Jahr war vor allem geprägt durch die Aufbauarbeit im Bereich der Essensversorgung. Hier wurden neue Mitarbeiter/-innen mit Behinderung gesucht und neu eingestellt, sodass zum Jahresende 13 Mitarbeiter/-innen im HIU angestellt waren.

Gleichzeitig nahm die Planung für den zweiten Bereich Wäschereidienstleistung sehr viel Zeit in Anspruch. Auf Grund verschiedener technischer und Hygiene-Vorschriften hat sich der Start verzögert. Somit konnte die Arbeit im Jahr 2013 noch nicht begonnen werden.

Erfreulich ist, dass das HIU nach den Anlaufverlusten im Jahr 2012 in seinem ersten vollständigen Wirtschaftsjahr einen Jahresüberschuss erwirtschaften konnte.



Sabrina Kleinheinz hat es auf den ersten Arbeitsmarkt geschafft: Sie ist im Hohenloher Integrationsunternehmen in Krautheim als Küchenhilfe angestellt.

Die Gesellschafter des HIU sind unverändert das Eduard-Knoll-Wohnzentrum, die Stadt Krautheim, Reha Südwest Karlsruhe und die St. Josefspflege Mulfingen. Als Geschäftsführer fungieren weiterhin Norman Weyrosta und Ulf-D. Schwarz im Rahmen ihrer bisherigen Tätigkeit beim EKWZ und BSK e.V.

2.4.2 Elsa-Krauschitz-Stiftung



Dank der Unterstützung durch die Elsa-Krauschitz-Stiftung konnte für Leon ein Lift angeschafft und so die Treppe vor dem Hauseingang überwunden werden.

Die Elsa-Krauschitz-Stiftung fördert Neu- und Umbauprojekte für barrierefreie Wohnformen, vorwiegend im norddeutschen Raum. Im Jahr 2013 sind insgesamt 54 (2012: 76) Förderanträge bei der Elsa-Krauschitz-Stiftung eingegangen, wovon 17 Anträge die Bezuschussung einer Pkw-Anschaffung betrafen und somit sofort abgelehnt werden mussten. Über insgesamt zehn Anträge konnte in der Telefonkonferenz am 16. Juli 2013 und in der gemeinsamen Sitzung von Kuratorium und Vorstand am 8. November 2013 beraten werden, da diese dem Stiftungszweck entsprechen haben. Zwei Antragstellern wurde ein Zuschuss bewilligt: Einer Familie wurden 10.000 Euro sowie ein Darlehen in Höhe von 2.400 Euro für den Einbau einer barrierefreien Küche inklusive eines Geschirrspülers sowie einer Eingangstüre zugesagt. Eine weitere Familie wurde mit 8.000 Euro für den barrierefreien Umbau des Badezimmers bedacht.

Dem Kuratorium der Stiftung gehören seit 2012 an:

- Hendrik Grützner, Rudolstadt (1. Vorsitzender)
- Matthias Krasa, Schwedeneck (stellv. Vorsitzender)
- Erhard Hentschel, Hannover (bis 2. September 2013)
- Thomas Harms (ab 8. November 2013)
- Claus-Arne Mohr, Hannover
- Uwe Schneider, Ronneburg

Dem Stiftungsvorstand gehören an:

- Gerwin Matysiak, Hannover
- Anita Reichert, Brauneberg

2.5 Experten

2.5 BSK-Experten/-innen

Der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. hilft seit 1955 Menschen, die durch Unfall, Krankheit oder von Geburt an körperbehindert sind. Zu den vielfältigen Angeboten und Vorteilen einer BSK-Mitgliedschaft gehört auch die kostenlose Beratung durch unsere fachkompetenten Experten. Sie helfen in vielen Lebensbereichen und geben Antworten auf Fragen rund um eine Behinderung.

Die BSK-Experten/-innen sind Experten/-innen in eigener Sache: Als selbst betroffene Beratende können sie aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder jahrelanger Erfahrung wichtige Tipps und Hinweise an Menschen mit Behinderung zu diesen Themen geben: Hilfsmittel, barrierefreier ÖPNV, barrierefreies Planen und Bauen, barrierefreies Reisen, Grundsicherung, Persönliches Budget, Hartz IV, UN-Behindertenrechtskonvention und Barrierefreiheit im öffentlichen Straßenraum.

2.5.1 Hendrik Grützner, Barrierefreies Reisen, Thüringen

Es kommen Anfragen zu diesen Themen

- Barrierefreie Unterkünfte im Thüringer Raum – Adressen, Ausstattung, Umfeld,
- zu Wanderwegen/Radwegen und Übernachtungen im Saaletal,
- Mai/Juni hauptsächlich zum Tanzfest TFF: Veranstaltungen, Unterkünfte, WC-Anlagen, Zeltplatzreservierung, Programme, Fahrdienste, Zugänglichkeit.

Übersetzungen (Begriffe in Behinderten-Führern) wurden dreimal ausgehändigt (bulgarisch, französisch, englisch). Zusammen mit dem Theaterförderverein wurde die Zugänglichkeit zum „Schminkkasten“, einem Teil des Rudolstädter Theaters, realisiert. Mittels Hebebühne ist eine Teilnahme an einem umfangreichen Programm möglich.

Mit dem Tiefbauamt wurde das Radwege- und Wanderwe-



Hendrik Grützner



Treffen der Arbeitsgruppe „Barrierefreiheit“

genetz im Stadtgebiet überarbeitet. Die Rekonstruktion im Heinepark ist vorbildlich.

Das Museum Großkochberg (Goethedenkstätte) wurde

überprüft und es wurden Verbesserungsvorschläge zu den Außenanlagen gemacht. Die Gedenkstätte kann fast durchgängig besucht werden.

Wichtig

Mitarbeit der BSK-Vertreter/-innen in der Kompetenzgruppe „Barrierefreier Tourismus“: Die Kompetenzgruppe „Barrierefreier Tourismus“ (Thüringen) traf sich am 31. Januar 2013 in Erfurt zur zweiten Beratung. Auf der Tagesordnung des Treffens standen neben der Auswertung der Datenerhebung (barrierefreie Unterkünfte und kulturelle Einrichtungen in Thüringen) die Erhaltung der Aktualität von Angaben sowie die Möglichkeiten, wie sich die Aussagekraft und Verfügbarkeit dieser Informationen verbessern lassen. Erfahrungsaustausch stand im Mittelpunkt eines Treffens mit der Arbeitsgruppe Barrierefreiheit der Lebenshilfe Saalfeld-Rudolstadt und es wurde eine weitere Zusammenarbeit beschlossen.

2.5.2 Marianne Jordan – Hartz IV, Grundsicherung, Persönliches Budget



Marianne Jordan

Zahlreiche Ratsuchende wurden – zum Teil mehrfach – erfolgreich zu den Themen Persönliches Budget, Arbeitslosengeld II (ALG II) und Grundsicherung beraten. Einige umfangreiche Budgets wurden bearbeitet, was sich zum Teil über Monate hinzog. Ein Grund ist zum Beispiel, dass umfangreiche Budgets wie 24-Stunden-Betreuung nur sehr schwer durchzusetzen sind. Hinzu kamen Beratungen von Betroffenen, wie das Budget für Arbeit in Anspruch zu nehmen ist. Da die Beratung für den BSK e.V. bundesweit gemacht wird, fällt auf, dass aus anderen Bundesländern – selbst von hauptberuflichen Leistungserbringern zum Persönlichen Budget – Menschen mit Behinderung an uns Ehrenamtliche verwiesen werden. Es ist auch immer noch nicht bekannt, dass das Persönliche Budget auch eine einkommensabhängige Leistung darstellt. Beim ALG II und der Grundsicherung gibt es immer noch erhebliche Lücken in der Beratung durch die Jobcenter bzw. Sozialämter.

2.5.3 Manfred Liebich – Barrierefreiheit im öffentlichen Straßenraum

- Beratungstätigkeit als Experte für Barrierefreiheit und Mobilität. Anfragen zur barrierefreien Gestaltung des öffentlich zugänglichen Verkehrsraumes, ÖPNV, Mitnahme von Hilfsmitteln usw.
- Kontaktpflege zu Bürgervertretungen, Parteien, Verwaltungen, der örtlichen Tagespresse und zu Netzwerken der Behinderten-Selbsthilfe.
- Teilnahme und Mitarbeit als BSK-Vertreter bei den LAG-Fachkonferenzen sowie in der örtlichen Arbeitsgemeinschaft der Gelsenkirchener Behindertenverbände und Selbsthilfegruppen (AGB).

- Teilnahme und Mitarbeit am Forschungsvorhaben der Bundesanstalt für Straßenwesen bei der Studiengesellschaft für unterirdische Verkehrsanlagen e.V. (STUVA) zu barrierefreien Querungsstellen an Hauptverkehrsstraßen.
- Teilnahme an einer Fachtagung der Uni Siegen zur Partizipation und Inklusion von Menschen mit Behinderung.
- Standdienst am BSK-Stand auf der REHACARE in Düsseldorf.



Manfred Liebich

Fazit

Nur durch ständige Ansprache und Hinweise auf mobilitätseinschränkende Hindernisse ist der Inklusionsgedanke zu verwirklichen. Selbst bei Neuanlagen sind immer wieder Hinweise und Kontrollen zur Realisierung von Barrierefreiheit erforderlich.

2.5.4 Peer Maßmann – Hilfsmittel

Anfang des Jahres 2013 nahm ich am 45. Kontaktseminar des Sozialrechtsverbandes am Bundessozialgericht in Kassel teil. Zum einen war es eine sehr interessante Veranstaltung, zum anderen aber für Menschen mit Handicap bzw. Angehörige mit Assistenz- und Pflegebedarf auch sehr anstrengend.



Peer Maßmann

Im weiteren Verlauf des Jahres habe ich als Co-Referent mit unserer Rechtsanwältin Franziska Benthien die Schulungen Nord und Süd zum Thema „Die Hilfsmittelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung“ moderiert und mit Praxisbeispielen aus der Beratung ergänzt.

In der Einzelfallberatung nehmen nach wie vor Fragen zur Rollstuhlversorgung breiten Raum ein. Verstärkt versuchen kleine Einrichtungen und Pflegedienste Rat zu bekommen, weil auch sie Hilflosigkeit in ihrer Tätigkeit verspüren.

Neu ist, dass auch Kommunen aus der Region bzw. Berater/-innen und Vertreter/-innen der Regionsverwaltung (Region Hannover, 21 Kommunen, Sitz des Bereiches dem ich vorstehe) sich selbst unserer Fachlichkeit bedienen bzw. Klienten/-innen direkt an uns verweisen, wenn es um Beratung und Anträge zum Wohnraum bzw. der Verbesserung des Wohnumfeldes etc. geht.

Dies gilt insbesondere bei akuten Notfällen wie frischem Querschnitt, bei denen die ganze Wissenspalette gefragt ist. Dies geschieht nicht aus Gründen der „Abwälzung“, sondern tatsächlich wegen der Reputation des BSK. Ich finde darauf dürfen wir alle dann auch ein wenig stolz sein.

2.5.5 Christian Steinmann – Barrierefreies Planen und Bauen, Sachsen

Gleichstellung und Barrierefreiheit für alle, ist Folge des Bundesgleichstellungsgesetzes sowie der UN-Konvention zur Inklusion von Menschen mit Behinderung.

Für Gebäude und gebaute Objekte sind barrierefreie Nutzungsbedingungen im Sinne von Menschen mit Behinderung zu schaffen. Voraussetzung ist, die gesetzlich fixierte Umsetzung der Planungsgrundlagen zur Barrierefreiheit, die als technische Baubestimmungen eingeführt sind.



Christian Steinmann

Es wurden Anfragen zu diesen Themen beantwortet: zum Bau privater Gebäude, zu Neubauten, die später als Miet- und Eigentumswohnbau genutzt werden, zum Umbau oder zur Anpassung des eigenen Wohnraums, zum Bauen privater als auch öffentlich genutzter Objekte, zum öffentlichen Verkehrsbau, sowie zur finanziellen Unterstützung wurden beantwortet. Das Thema Förderung von Baumaßnahmen sowie die Unterstützung der Krankenkasse, Leistungen der Pflegeversicherung, oder Förderung über Landesbank und Bausparen sowie der KfW-Förderung wurden angesprochen.

Antworten auf Anfragen von Menschen mit Behinderung zu geltenden Vorschriften, länderspezifischen Gesetzen und Regelungen, als auch zu kommunalen Regelungen zur Wohnungsanpassung und -gestaltung wurden immer aus der Sicht Betroffener beantwortet.

Ausstattungs- und Gestaltungshinweise zum behinderungsbedingten Umbau oder zu Anpassungen von Wohnungen und deren Erschließungsmöglichkeiten wurden z. B. immer aus der Sicht und im Sinne mobilitätsbehinderter Nutzer/-innen und im Hinblick auf deren spezielle Bedürfnisse erklärt.

Auch die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum war ein wichtiger Gegenstand der Beratungsgespräche. Themen waren z. B. die barrierefreien Nutzungsbedingungen von Verkehrsmitteln und der Haltestellenanlagen. Ziel war es, insbesondere Fahrgästen im Rollstuhl oder mit Rollator, aber auch blinden Menschen und solchen mit Hörschwäche Orientierungshilfe zu geben und eine selbstbestimmte Mitreise zu ermöglichen. Insgesamt wurden im Jahr 2013 circa 80 Hinweise zu Vorhaben, baulichen Objekten oder zur Förderung des Umbaus von Wohnungen und des öffentlichen Verkehrsraumes gegeben. Im Fokus der Beratung stehen die besonderen Anforderungen an das Zuhause, die für Rollstuhlnutzer/-innen bestehen.

Beratungen zu folgenden Punkten

- Wohnungsanpassung – Umgestaltung des Zugangsbereiches
- Wohnungsanpassung – stufenlose Nebengebäude

2.5 Experten

- Wohnungsanpassung – Bewegungsflächen
- Wohnungsanpassung – Ausstattung
- Wohnungsanpassung – Technische Geräte bzw. Hilfsmittel
- Wohnumfeld – Anpassung
- Wohnungsneubau – Erschließung
- Wohnungsneubau – Durchgangsbreite, Bewegungsfläche, Tür
- Wohnungsneubau – Tür- und Küchentechnik, Lift und Aufzug

Finanzierungshilfen

- Fördermöglichkeiten zum Wohnungsbau
- KfW-Förderung durch einen KfW-Kredit
- Behindertengleichstellungsgesetz als Instrument zur Umsetzung der UN-Konvention

2.5.6 Gerd Strobach – Barrierefreies Reisen, Niedersachsen

Als BSK-Experte war mein Tätigkeitsbereich im Jahre 2013 wieder sehr umfangreich und interessant. Der Beratungsbereich erstreckt sich von Niedersachsen bis ganz Norddeutschland sowie auf die Nord- und Ostseeküste. Anfragen zu barrierefreien Urlaubszielen erfolgten per Telefon, per E-Mail und auch über den Postweg. Informieren konnte ich über Pflegehotels, Hotels, Gästehäuser und Ferienwohnungen (auch mit elektrisch- und höhenverstellbaren Betten usw.). Auch nach barrierefreien Jugendherbergen und Gruppenreisen wurde gefragt (vorrangig für Deutschland und Europa). Informationsbedarf bestand auch bezüglich Reiseveranstaltern für barrierefreie Reisen von Kindern und Jugendlichen sowie Urlaubsreisen für Eltern mit behinderten Kindern. Vorrangige Urlaubsziele waren Nord- und Ostsee, Inseln sowie verschiedene Städtereisen in Deutschland.



Gerd Strobach

Auf Reisemessen und Gesundheitstagen in Niedersachsen (teilweise mit Infostand) habe ich den Besuchern Infomaterial wie Prospekte, Kataloge, Flyer etc. über barrierefreies Reisen angeboten. Ich selbst habe mich auf Reisemessen über Angebote des „barrierefreien Reisens“ informiert.

Alle Fragen konnten sicherlich nicht beantwortet werden, jedoch habe ich diese Anfragen an die jeweiligen Anbieter weitergeben. Wichtig war, dass ich viele Reiseziele persönlich kannte und selbst in Augenschein genommen hatte. Einige Reiseanbieter (Ferienwohnungen, Hotels usw.) möchten barrierefreie Zimmer einrichten, können aber die DIN-Normen nicht erfüllen. Bei Neubauten ist das kein Problem! Insgesamt kann ich sagen, dass die Reiseangebote für Men-

schen mit Behinderungen im Jahre 2013 – im Gegensatz zu vergangenen Jahren – umfangreicher geworden sind. Viele Reiseziele sind inzwischen gut durch Bus und Bahn barrierefrei erreichbar, von kleinen Einschränkungen einmal abgesehen.

2.5.7 Michael Wolter – Barrierefreies Bauen (DIN-Normen)

Per E-Mail kamen folgende Anfragen

- eine Anfrage zu baurechtlichen Fragen bzw. Vorschriften
- zwei Anfragen zu Fördermöglichkeiten
- drei Planungsvorlagen auf barrierefreies Bauen prüfen
- sieben Anfragen zu den DIN-Normen



Michael Wolter

Etwa fünf bis zehn Anfragen kamen noch per Telefon, hier führe ich keine Statistik.

Mit der Software „Baurecht für die am Bau Beteiligten“ von LexisNexis kann ich baurechtliche Fragen klären und so nach Gerichtsurteilen, landesrechtliche Bauvorschriften usw. recherchieren. Ich war Jurymitglied beim „Access City Award 2013“ der Europäischen Kommission. Fünf Städte aus Deutschland haben sich an diesem Wettbewerb beteiligt.

Fragen von BSK-Geschäftsstellenleiter Ulf-D. Schwarz zu barrierefreien Toiletten der BSK-Repräsentanz konnte ich beantworten.

Im April wurde ich von den Verantwortlichen der Havellandhalle Resort in Seeburg zwecks Beratung zum barrierefreien Bauen eingeladen.

2.6. Rechtsberatung durch Anwaltsnetzwerk

Der BSK kooperiert in einzelnen Rechtsgebieten (Sozialrecht, Medizin- und Arzthaftungsrecht, Antidiskriminierungsrecht, Erbrecht und Vorsorge) mit verschiedenen Anwaltskanzleien. BSK-Mitglieder können eine kostenfreie Beratung bei diesen Anwälten/-innen in Anspruch nehmen.

2.6.1 Rechtsberatung durch Franziska Benthien, Rechtsanwältin Fachanwältin für Sozialrecht



Franziska Benthien

Es wurden 110 Beratungen für Mitglieder durchgeführt, welche durchschnittlich circa 40 Minuten gedauert haben. Es ging im Wesentlichen um diese Bereiche: Persönliche Budgets (§ 17 SGB IX), Pflegestufen, Hilfsmittel, Heranziehung zum Unterhalt im Rahmen des sozialhilfrechtlichen Leistungsbezugs, Feststellung des Grades der Behinderung (GdB) und von Merkzeichen, Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII und dem SGB II, Erwerbsminderungsrente, Eingliederungsleistungen und Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII auch in Form des Persönlichen Budgets. Des Weiteren gab es diverse Vertretungen im Rahmen von Widerspruchsverfahren und auch in Klageverfahren vor den Sozialgerichten, Verwaltungsgerichten und auch den Zivilgerichten.

Zudem wurde die Schulung Nord in Duderstadt und die Schulung Süd in Krautheim in dem Bereich Hilfsmittelversorgung durchgeführt. Der Inhalt der Schulungen betraf im Wesentlichen die rechtlichen Grundlagen, wie man ein Hilfsmittel erhält und was ist zu tun, wenn es abgelehnt wird. Es wurden dabei auch Beispiele aus der Praxis und Rechtsprechung vorgestellt.

2.6.2 Rechtsberatung durch Rechtsanwältin Dr. Corinthe, Fachanwältin für Medizinrecht



Dr. Annette Corinthe

Seit 2011 stehe ich den Mitgliedern des BSK als Fachanwältin für Medizinrecht ehrenamtlich vor allem für Fragen zum Arzthaftungsrecht, aber auch zu allgemeinen medizinrechtlichen Themen zur Verfügung. Hauptsächlich berate ich darüber, wie man bei Verdacht auf einen Behandlungsfehler am besten vorgehen sollte, um sich Klarheit über mögliche Ansprüche zu verschaffen und Beweismittel zu sichern. Die eigenen Behandlungsunterlagen zu kennen und fachlich bewerten zu lassen, ist dabei der erste Schritt. Im Rahmen meiner Beratungen merke ich dabei immer wieder, dass viele ihr eigenes Recht auf

Herausgabe der Behandlungsunterlagen überhaupt nicht kennen. Unbekannt ist vielen Ratsuchenden außerdem, dass die (gesetzlichen) Krankenversicherungen unterdessen sogar gesetzlich verpflichtet sind, für ihre Versicherten ein kostenloses Gutachten einzuholen, das die Frage eines Behandlungsfehlers klärt. Wenn man ein solches hat, kann man anschließend auf einer sicheren Grundlage Schmerzensgeld und Schadensersatz geltend machen und dieses Gutachten teilweise auch vor Gericht verwenden. Sollte ein Gerichtsverfahren nötig sein, berate ich die BSK-Mitglieder auch über dessen Kosten und Risiken. Es gibt teilweise auch die Möglichkeit, dass die Krankenversicherungen selbst eine Art „Musterverfahren“ wegen des Behandlungsfehlers führen. Auf diese Weise können die Versicherten oft die Kosten eines Gerichtsverfahrens und einen Großteil der Rechtsanwaltsgebühren sparen.

2.6.3 Antidiskriminierungsberatung durch Rechtsanwalt Dr. Oliver Tolmein



Dr. Oliver Tolmein

Im Jahr 2013 gab es über den BSK e.V. vier Anfragen, die zum Gegenstand hatten, wie bei einer Benachteiligung wegen der Behinderung gerichtlich oder außergerichtlich vorzugehen ist. Die Sachverhalte waren sehr unterschiedlich. Zwei der Fälle betrafen Benachteiligungen im Bereich des Zivilrechts: Es ging hier einerseits um Probleme bei der Sitzvergabe für Menschen mit Behinderung durch eine Fluglinie, zum anderen um den Anspruch auf Teilnahme an einer besonders günstigen Leserreise einer Zeitschrift. Sowohl zivilrechtlich als auch öffentlich-rechtlich geprägt war ein weiterer Fall. Er betraf die Möglichkeit der Teilnahme an einem Aufbaustudium an einer privat geführten Hochschule, die mit einer staatlichen Hochschule verbunden war. Ein weiterer Fall betraf die GEZ und hier insbesondere die Möglichkeiten einer Verbandsklage.

Im Ergebnis führte keine der Beratungen zu einem gerichtlichen Verfahren. Die Gründe dafür waren unterschiedlich. Die zivilrechtlichen Verfahren hatten einerseits (Leserinnenreise) nur eine minimale Aussicht auf Erfolg, bzw. waren für das angestrebte Ziel zu langwierig (Sitzplatzvergabe). Die Verbandsklage erschien aussichtslos angesichts der begrenzten Möglichkeiten, die SGB IX und AGG, aber auch das BGG hier bieten. Das Verfahren hinsichtlich der Teilnahme an einem Studium erschien angesichts der konkreten Situation möglich, aber so umfangreich und vom Ausgang her ungewiss, dass der Klient sich hier nicht für ein Verfahren entschied. Insbesondere dieses Verfahren machte deutlich, dass die Grenzen des AGG (Zivilrechtliche Verträge, die ohne Ansehen der Person geschlossen werden) im Bereich des privaten, aber durchaus indirekt öffentlich geförderten Bildungssektors (Zertifizierung von Studiengängen, Ankoppelung privat-

2.6 Rechtsberatung

rechtlich organisierter Studiengänge an öffentlich-rechtlich organisierte Hochschulen) den Diskriminierungsschutz für betroffene Menschen mit Behinderung deutlich begrenzen.

2.6.4 Erbrecht und Vorsorge

Im Rahmen der Kooperation mit der DIGEV (Deutsche Interessengemeinschaft für Erbrecht und Vorsorge e.V.) können BSK-Mitglieder ein kostenfreies Beratungsgespräch bei einem DIGEV-Rechtsanwalt bzw. einer Rechtsanwältin wahrnehmen (Dauer: 30 bis 45 Minuten). Eine darüber hinaus

gehende Beratung ist kostenpflichtig. Die kostenfreie Erstberatung ist nur dann möglich,

- wenn ein Beratungsbedarf ausschließlich zu den Themen Vorsorge, Testament und Erbrecht besteht,
- wenn eine ungekündigte Mitgliedschaft und kein Beitragsrückstand bei der BSK-Mitgliedschaft vorliegen,
- wenn im Vorfeld ein Beratungsgutschein über die Geschäftsstelle des BSK e.V. beantragt worden ist,
- wenn die Beratung bei dem zugewiesenen DIGEV-Rechtsanwalt/der zugewiesenen DIGEV-Rechtsanwältin stattfindet.

Liebe Spenderinnen
und Spender,

vielen Dank für Ihre Unterstützung
Dank Ihrer Spenden konnte der Bundesverband Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V. auch im Jahr 2013 wieder zahlreiche
Projekte und Beratungen für Menschen mit Behinderung
verwirklichen.

Der Verband bedankt sich von ganzem Herzen bei
Ihnen für Ihre Hilfe und Unterstützung.

Wir freuen uns, wenn Sie den BSK und seine Arbeit
auch weiterhin so tatkräftig unterstützen.

Vielen herzlichen Dank,

Ihr BSK



Bundesverband
Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V.

BSK

Spendenkonto
Bank für Sozialwirtschaft
BIC: BFSWDE33STG
IBAN: DE76 6012 0500 0007 7021 00



3.1 Vorbemerkung

In der Delegiertenversammlung vom 9. November 2013 wurde die Solidaris-Revisions-GmbH, Zweigniederlassung Freiburg, zum Jahresabschlussprüfer für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 gewählt.

Gegenstand der Prüfung durch die Solidaris-Revisions-GmbH waren die Buchführung sowie der aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang bestehende Jahresabschluss. Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Die Prüfung erstreckte sich darauf, ob die für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beachtet worden sind.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Der Gegenstand der Prüfung wurde auftragsgemäß erweitert um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung auf Basis des Kriterienkatalogs des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Landesverband Baden-Württemberg e.V..

Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung erteilte die Solidaris-Revisions-GmbH, Zweigniederlassung Freiburg, nachstehenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

3.1.1 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An den Bundesverband
Selbsthilfe Körperbehinderter e.V., Krautheim

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung – unter Einbeziehung der Buchführung des Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V., Krautheim, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V., Krautheim. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben. Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und den Jahresabschluss wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungs-

handlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V., Krautheim, sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Anlage/1 Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften.

Freiburg, 25. Juni 2014

Solidaris Revisions-GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Zweigniederlassung Freiburg

Ralph Wedekind
Wirtschaftsprüfer

Roland Krock
Wirtschaftsprüfer

3 Wirtschaftlicher Bericht

3.2 Bilanz zum 31. Dezember 2013

Erläuterung zur Bilanz

Die Bewertung der **immateriellen** Vermögensgegenstände und der **Sachanlagen** erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen. Den Zugängen von 93 TEUR bei den Außenanlagen und 25 TEUR bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung stehen planmäßige Abschreibungen von 394 TEUR und Abgänge (bei Gebäuden) von 104 TEUR gegenüber.

Die **Finanzanlagen** in Höhe von 657 TEUR enthalten Beteiligungen von 624 TEUR sowie Ausleihungen an die Tochtergesellschaft BSK-Reisen GmbH von 33 TEUR.

Die Beteiligungen betreffen die BSK-Reisen GmbH (51 TEUR=100%), die Eduard-Knoll-Wohnzentrum GmbH (551 TEUR=100%) sowie die Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung gGmbH (22 TEUR=76%). Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Finanzanlagen per Saldo um 494 TEUR. Diese Entwicklung beruht auf der Erhöhung des Stammkapitals der Eduard-Knoll-Wohnzentrum GmbH um 500 TEUR sowie auf Tilgungsleistungen bei den Ausleihun-

gen um 6 TEUR. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert.

Die **Vorräte** von 30 TEUR betreffen Druckerzeugnisse sowie Klein- und Werbeartikel. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten.

Die **Forderungen** von 51 TEUR enthalten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen von 6 TEUR (Vorjahr: 9 TEUR), Forderungen gegenüber den Tochtergesellschaften von 0 TEUR (Vorjahr: 500 TEUR) sowie sonstige Vermögensgegenstände von 45 TEUR (Vorjahr: 54 TEUR).

Die Forderungen in Höhe von 500 TEUR gegenüber Tochtergesellschaften betrafen im Vorjahr die Eduard-Knoll-Wohnzentrum GmbH. Im Jahr 2013 wurde die Forderungen in die Erhöhung der Beteiligung umgewandelt.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten vor allem ausstehende Zuschüsse, Forderungen aus Zinsabgrenzung sowie Überzahlungen Energiekosten. Die Bewertung erfolgt zu Nominalwerten. Für drohende Ausfälle wurden insgesamt Wertberichtigungen von 40 TEUR gebildet.

Bilanz zum 31. Dezember 2013				Vorjahr	
AKTIVSEITE	EUR	EUR	EUR	TEUR	TEUR
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		1.095,00			3
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7.905.344,86			8.280	
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	67.704,00			71	
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.320,00	7.975.368,86		2	8.353
III. Finanzanlagen		656.747,83	8.633.211,69		163
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte		29.979,63			26
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.391,98			9	
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00			500	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	44.330,46	50.722,44		54	563
III. Wertpapiere des Umlaufvermögens		597.082,72			592
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		2.528.852,05	3.206.636,84		2.701
C. Rechnungsabgrenzungsposten					
			4.893,49		1
			11.844.742,02		12.402

Die **Wertpapiere** und **Guthaben bei Kreditinstituten** sind zu Anschaffungskosten bzw. Nominalwerten angesetzt. Sie betreffen mit 597 TEUR zwei Wertpapierdepots und mit 1.739 TEUR Einzahlungen in Bausparverträge. Die übrigen Geldkonten betreffen Festgelder, Tagesgelder, Sparbücher sowie Girokonten. Soweit Kurswerte unter den Anschaffungskosten liegen, wird der niedrigere Wert angesetzt.

Das **Eigenkapital** verminderte sich auf Grund des Jahresfehlbetrages 2013 von 213 TEUR von 5.692 TEUR auf 5.479 TEUR.

Der **Sonderposten** aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens minderte sich gegenüber dem Vorjahr um 176 TEUR. Die Zuschüsse wurden unter der Bedingung einer zweckentsprechenden Mittelverwendung gegeben. Im Falle einer nicht zweckentsprechenden Mittelverwendung haben sich die Zuschussgeber einen zeitanteiligen Rückzahlungsanspruch vorenthalten.

Dieser Anspruch ist in der Regel dinglich gesichert. Die Minderung betrifft mit 157 TEUR planmäßige Auflösungen und 19 TEUR Auflösungen auf Grund Abgänge (Ausweis unter außerordentlichen Ertrag).

Die sonstigen **Rückstellungen** (§ 249 HGB) werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages bemessen. Sie enthalten Resturlaub, Jahresabschlusskosten, Beratungsaufwendungen und vor allen in früheren Jahren gebildete Instandhaltungsrückstellungen. Die Minderung gegenüber dem Vorjahr von 19 TEUR betrifft überwiegend die Instandhaltungsrückstellungen.

Die **Verbindlichkeiten** von 2.646 TEUR betreffen Darlehenschulden gegenüber Kreditinstituten von 2.098 (2.262 TEUR), Lieferantenschulden von 131 TEUR (Vorjahr 70 TEUR), Verbindlichkeiten gegenüber den Tochtergesellschaften von 213 TEUR (Vorjahr 240 TEUR) und sonstige Verbindlichkeiten von 204 TEUR (Vorjahr: 224 TEUR).

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem jeweiligen Erfüllungsbetrag passiviert. Die Darlehen wurden mit 194 TEUR getilgt. Dieser Abnahme steht ein Zugang von 30 TEUR gegenüber. Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen vor allen ein Darlehen des KVJS (174 TEUR).

Rechnungsabgrenzungsposten werden nach § 250 HGB gebildet und betreffen Zahlungsein- und -ausgänge für 2014.

Bilanz zum 31.Dezember 2013			Vorjahr	
PASSIVSEITE	EUR	EUR	TEUR	TEUR
A. Eigenkapital				
I. Kapital	3.572.837,02		3.573	
II. Rücklagen	1.972.926,00		1.973	
III. Gewinn-/Verlustvortrag	+146.386,00		+25	
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-213.231,16	5.478.917,86	+121	5.692
B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens		3.408.397,49		3.584
C. Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen		309.847,00		329
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.097.632,20		2.262	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	131.089,80		70	
3. Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	213.331,00		240	
4. Sonstige Verbindlichkeiten	203.587,86	2.645.640,86	224	2.796
E. Rechnungsabgrenzungsposten		1.938,81		1
		11.844.742,02		12.402

3 Wirtschaftlicher Bericht

3.3 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2013		Vorjahr			
		EUR	EUR	TEUR	TEUR
1.	Umsatzerlöse	82.135,53		78	
2.	Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	126.914,40		127	
3.	Sonstige betriebliche Erträge	1.441.376,07	1.650.426,00	1.854	2.059
4.	Personalaufwand				
	a) Löhne und Gehälter	535.437,85		518	
	b) Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	142.051,13		134	
5.	Materialaufwand				
5.1	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	103.181,58		100	
5.2	Bezogene Leistungen				
	Wirtschaftsbedarf	12.117,58	792.788,14	12	764
	Zwischenergebnis		+857.637,86		+1.295
6.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten		157.341,00		160
7.	Abschreibungen				
	a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen		394.038,46		395
	b) Abschreibungen auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		1.529,87		19
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen				
	a) Verwaltungsbedarf	263.170,99		248	
	b) Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	97.795,77		253	
	c) Steuern, Abgaben, Versicherungen	37.396,55		36	
	d) Mieten, Pachten, Leasing	30.501,61		32	
	e) Sonstige Aufwendungen	363.610,30	792.475,22	338	907
	Zwischenergebnis		-173.064,69		+134
9.	Zinsen und ähnliche Erträge	33.418,80		72	
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	73.585,27	-40.166,47	85	-13
11.	Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss		-213.231,16		+121

Der Verein schließt das Geschäftsjahr 2013 mit einem Jahresfehlbetrag von 213 TEUR (Vorjahr Jahresüberschuss von 121 TEUR). Diese Entwicklung beruht vor allem auf geringeren Spenden- und Mieterträgen. Nachstehend werden die wesentlichen Posten und ihre Veränderungen gegenüber dem Vorjahr erläutert. Die **Umsatzerlöse** von 82 TEUR betreffen mit 78 TEUR Anzeigen und Kleinverkäufe und mit 4 TEUR ein Gästehaus. Die **Zuschüsse** von 127 TEUR blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert. Sie enthalten überwiegend Zuweisungen der Agentur für Arbeit, des Integrationsamtes, Lotteriezuschüssen sowie Zuweisungen zur Selbsthilfeförderung. Unter den **sonstigen betrieblichen Erträgen** werden insbesondere Spendenerträge einschließlich Geldbußen (793 TEUR), Mieterträge (400 TEUR), Mitgliedsbeiträge (92 TEUR), Erbschaften (54 TEUR) ausgewiesen. Der Abnahme gegenüber dem Vorjahr betrifft vor allem Erbschaften, Zuweisungen von Fördermitgliedern sowie die Erträge aus Anlageabgängen. Für 2013 ergeben sich **Personalkosten** von 677 TEUR: Im Jahresdurchschnitt waren 2013 15,66 Vollkräfte (Vorjahr: 15,98 Vollkräfte) beschäftigt. Es wurden durchschnittlich 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Der **Materialaufwand** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 4 TEUR auf 116 TEUR. Der Posten betrifft vor allem Energiekosten (46 TEUR), Fahrzeugkosten (15 TEUR) sowie Aufwand für Kleinmaterialien (36 TEUR). Der Posten **Abschreibungen** enthält planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf das Sachanlagevermögen. Bei den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** in Höhe von 792 TEUR ergibt sich folgendes: Der **Verwaltungsbedarf** in Höhe von 263 TEUR betrifft überwiegend Porto bzw. Bankgebühren (52 TEUR), Reisekosten bzw. Schulungen (54 TEUR), Öffentlichkeitsarbeit (41 TEUR), EDV-Aufwand (28 TEUR) sowie Rechts- und Beratungskosten (46 TEUR). Größere Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind nicht zu verzeichnen. Der Aufwand für **Instandhaltungen** verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 152 TEUR auf 98 TEUR. Diese Entwicklung wird vor allem durch geringere Gebäudeinstandhaltungen verursacht. Die **sonstigen Aufwendungen** in Höhe von 364 TEUR enthalten vor allem Aufwendungen aus Anlageabgang (103 TEUR), Schriften (106 TEUR), Agenturaufwendungen (21 TEUR), Aufwendungen für Projekte (53 TEUR) sowie Zuweisungen an die BSK-Reisen GmbH (22 TEUR).

3.4 Vier-Sparten-Rechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

Vier-Sparten-Rechnung für das Geschäftsjahr 2013	2013/Euro	2012/Euro
IDEELLER BEREICH		
1. Spendenerträge, Erbschaften	831.198,30	953.975,19
2. Zuschüsse	126.914,40	126.648,03
3. Mitgliedsbeiträge	92.402,02	82.538,02
4. Bußgelder	27.748,33	78.331,67
5. Sonstige Erträge	93.126,03	113.036,74
6. Aufwendungen zur Erfüllung der satzungsmäßigen Zwecke	-368.299,21	-374.445,41
7. Verwaltungsaufwendungen	-344.125,88	-314.225,86
davon Personalkosten	156.159,88	166.015,14
davon Fahrtkosten	33.448,11	33.448,11
davon EDV-Kosten	13.119,06	13.119,06
davon Abschreibungen/Raumkosten	16.700,19	16.700,19
8. Werbeaufwendungen	-394.661,86	-394.036,95
davon Personalkosten	213.895,79	198.826,67
davon Bußgeldmarketing	15.711,75	15.243,12
davon Spendengewinnung und Betreuung	14.822,46	8.214,88
9. Sonstige Aufwendungen	-78.724,12	-118.150,97
10. Ergebnis des ideellen Bereichs	-14.421,99	153.670,46
WIRTSCHAFTLICHER BEREICH		
11. Umsatzerlöse aus wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben	81.960,32	78.062,51
12. Aufwendungen aus wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben	-78.705,46	-72.249,31
13. Ergebnis des wirtschaftlichen Bereichs	3.254,86	5.813,20
FINANZBEREICH		
14. Erträge aus Beteiligungen und Immobilienverwaltung	399.967,55	490.989,61
15. Erträge aus Wertpapieren	6.916,12	22.355,65
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26.527,93	59.258,22
17. Sonstige Erträge aus Immobilienverwaltung	157.811,00	285.506,22
18. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-1.155,50	-198,91
19. Aufwendungen aus Immobilienverwaltung	-713.637,65	-804.671,35
20. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-72.429,77	-85.241,41
21. Ergebnis des Finanzbereichs	-196.000,32	-32.001,97
STEUERAUFKOMMEN		
22. Sonstige Steuern	-6.063,72	-6.318,21
23. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	-213.231,16	121.163,49

Anmerkungen zur Vier-Sparten-Rechnung

Gegenüber der Gewinn- und Verlustrechnungen werden einzelne Aufwands- und Ertragsarten teilweise umgegliedert. Nachstehend werden die wesentlichen Veränderungen erläutert: Die **Spendenerträge (einschließlich Erbschaften ohne Geldbußen)** haben sich um 123 TEUR vermindert. Diese Entwicklung beruht vor allen auf geringeren Erbschaften sowie geringeren Zuweisungen von Fördermitgliedern. Die **sonstigen Erträge** in Höhe von 93 TEUR enthalten unter anderen 35 TEUR periodenfremde Erträge (z.B. Zuschüsse für Vorjahre). Des Weiteren sind 14 TEUR Personalkostenerstattungen

(vor allen Krankenkassen) enthalten. Die Aufwendungen zur **Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke** in Höhe von 368 TEUR enthalten unter anderen 184 TEUR Personalkosten, 53 TEUR Aufwendungen für Projekte bzw. institutionelle Förderung und 54 TEUR für die Zeitschrift. In den **Verwaltungsaufwendungen** sind vor allen Personalkosten berücksichtigt. Dabei assistieren teilweise Mitarbeiter(innen) anderen Mitarbeiter(innen) mit Behinderungen in ihrem Arbeitsalltag. Als größter Sachkostenposten sind die Fahrtkosten zu nennen, die für einen bundesweit agierenden Verband mit mobilitätseingeschränkten Personal überproportional hoch ausfällt. In den **Werbeaufwendungen** sind vor allen

3 Wirtschaftlicher Bericht

Personalkosten berücksichtigt. Dabei assistieren teilweise Mitarbeiter(innen) anderen Mitarbeiter(innen) mit Behinderungen in ihrem Arbeitsalltag. Als größter Sachkostenposten sind Portoaufwendungen (47 TEUR), Aufwendungen für Broschüren und Kalender (49 TEUR) sowie Mitgliederservice (15 TEUR) enthalten. Die **sonstigen Aufwendungen** von 78 TEUR betreffen vor allen periodenfremde Aufwendungen, Mieten und Kfz-Kosten. Der **wirtschaftliche Bereich** betrifft

Einnahmen aus dem Anzeigengeschäft für die Verbandszeitung **Leben&Weg**, Kleinverkäufe und das BSK-Gästehaus. Im **Finanzbereich** sind zwei Säulen vorhanden: die größere im Bereich der Immobilienverwaltung, die kleinere im Bereich der Geldanlagen. Die Aufwendungen im Immobilienbereich beruhen vor allen auf durch einen Sanierungsstau notwendig gewordenen Instandhaltungen sowie den Abschreibungen auf Gebäude.

Mehrjahresvergleich

	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Mitgliedsbeiträge	92	82	89	85	78	82	87	89	100
Förderbeiträge	523	563	600	641	623	658	720	793	888
Spenden und Sammelaktionen	243	252	257	258	270	243	222	302	260
Miet-/Pachteinnahmen	400	491	465	471	466	466	460	434	469
Erstattung Abo LEBEN&WEG	7	7	7	8	8	9	9	11	6
Anzeigenerträge	39	43	52	36	34	23	15	41	0
Sonstige	0	0	0	0	11	10	5	4	2
Personalaufwand ¹⁾	652	630	613	573	577	569	611	653	718
Investitionen	81	229	44	59	6	53	220	426	103
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	2	3	1	2	0	3	25
Sachanlagen	81	229	42	56	5	51	220	423	78
Abschreibungen	368	363	388	458	451	462	477	479	485
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	1	2	1	8	10	10	15
Sachanlagen	367	363	387	456	450	454	467	469	470
Jahresergebnis	-213	121	78	2	-55	350	121	-60	-187

¹⁾ Gegenüber der Gewinn- und Verlustrechnung ohne Fahrtkosten und Aufwandsentschädigungen

3.4.1 Gewährte Zuschüsse

Der BSK e.V. unterstützt seine Tochtergesellschaften bzw. die Untergliederungen, damit sie entweder satzungsgemäß übertragene Aufgaben ausführen bzw. vor Ort (lokal/regio-

nal) im Sinne der Satzung tätig sind. Dafür gewährt der BSK e.V. entsprechende Zuschussmittel:

Zuschussempfänger	2013/Euro	2012/Euro	2011/Euro	2010/Euro	2009/Euro	
BSK-Reisen GmbH	27.000,00	27.000,00	30.000,00*	30.000,00*	30.000,00*	* Vereinbarung bis 2011; neue Vereinbarung ab 2012
Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung gGmbH	0,00	0,00	0,00	30.982,45	47.792,10	Zuschuss nach § 84 SGB XII (bis 2010)
Eduard-Knoll-Wohnzentrum GmbH	0,00	5.000,00	Finanzierung des Neubaus abzüglich Pacht			2012: Zweckgebundene Spende für „Betreutes Wohnen“
Untergliederungen	25.925,69	28.008,09	22.788,81	40.156,79 ¹⁾	43.938,92 ¹⁾	institutionelle Förderung
	27.063,09	12.551,24	11.062,00			projektbezogene Förderung
	2.442,76	13.832,75	8.450,42	8.036,57	14.017,70	Ausschüttung Bußgelder für institutionelle Förderung
	0,00	0,00	0,00	6.216,46	0,00	Förderung 2. Bauabschnitt Neubau Erlensee
Untergliederungen gesamt	55.431,54	54.392,08	42.301,23	54.409,82	57.956,62	
GESAMT	82.431,54	86.392,08	72.301,23	115.392,27	135.748,72	

¹⁾ In den Jahren 2009 und 2010 war die institutionelle und projektbezogene Förderung zusammengefasst. Ab dem Jahr 2011 gilt eine neue Förderrichtlinie, die die institutionelle und Projektförderung gesondert ausweist.

3.4.2 Erhaltene Zuschüsse

Der BSK e.V. hat im Berichtsjahr folgende Zuschüsse für die Selbsthilfe- und Projektarbeit erhalten:

Zuschussgeber	Betrag /Euro	Verwendungszweck
AOK	8.000,00	Selbsthilfe im Netzwerk „Barrierefreie Neugestaltung der Homepage www.bsk-ev.org“
DAK	7.000,00	Schulung NORD „Die Hilfsmittelversorgung in der GKV“
KKH	4.000,00	Schulung SÜD „Die Hilfsmittelversorgung in der GKV“
GKV-Gemeinschaftsförderung Selbsthilfe auf Bundesebene	16.000,00	Institutionelle Förderung
BMG	5.453,70	Bereichsleitertagung „Dekubitus: vorbeugen, erkennen, handeln“
Aktion Mensch	3.560,45 15.000,00 4.343,29 2.652,15	5. Mai Aktion Lastenheft barrierefreie Fernbusse Reiseassistenz-Workshop Bereichsleitertagung „Dekubitus: vorbeugen, erkennen, handeln“
GlücksSpirale	5.290,68	Ratgeberbroschüre ABC Pflegeversicherung
GESAMT	71.300,27	

3.5 Interne Kontrollmechanismen

Das Interne Kontrollsystem (IKS) ist integraler Bestandteil unserer Geschäftsprozesse und überwacht und kontrolliert diese. Um einen reibungslosen und sicheren Arbeitsablauf gewährleisten zu können, stützt sich die Arbeit des Bundesvorstands und der Geschäftsstelle auf folgende Grundsätze:

- Einhaltung des 4-Augen-Prinzips
- Transparenz-Prinzip: jährliche Teilnahme am Transparenzpreis; Offenlegung des Jahresabschlusses, der Bilanz und der Drittmittel
- Stellenbeschreibungen mit klaren Regelungen für Verantwortungs- und Zeichnungsberechtigung, Vertretungsregelung
- Regelmäßiges Controlling (Liquiditätsbetrachtung, Quartalsauswertungen)
- Zeitnahes Mahnverfahren
- Anerkennung der „Leitsätze der Selbsthilfe für die Zusammenarbeit mit Personen des privaten und öffentlichen Rechts, Organisationen und Wirtschaftsunternehmen, insbesondere im Gesundheitswesen“ der BAG SELBSTHILFE e.V. und des FORUMs im PARITÄTISCHEN GESAMTVERBAND durch den BSK und ab 2011 durch den Bundesvorstand
- Orientierung an dem Corporate Governance sozial tätiger Unternehmen

Das Interne Kontrollsystem wirkt unterstützend u. a. bei der Erreichung der geschäftspolitischen Ziele durch eine wirksame und effiziente Geschäftsführung; dem Schutz des Geschäftsvermögens; der Verhinderung und Aufdeckung von Fehlern sowie der Sicherstellung und Vollständigkeit der Buchführung. Für 2014 ist die Erstellung eines Handbuchs zum Thema Internes Kontrollsystem geplant. Dieses soll hauptsächlich für die Mitarbeiter/-innen zur Orientierung dienen. Jedoch soll das Handbuch auch für die Mitglieder und alle anderen Interessierten zugänglich gemacht werden, damit diese sich einen Überblick über die Kontrollmaßnahmen beim BSK verschaffen können.

3.6 Grundsätze für Finanzanlagen

Für Finanzanlagen gelten beim BSK e.V. hohe Sicherheitsanforderungen. Oberstes Ziel ist die Erhaltung des eingesetzten Kapitals bei einer möglichst ausgewogenen Rendite.

Folgende Grundsätze werden beim BSK e.V. stets berücksichtigt

Treuhänderische Verantwortung

Der BSK e.V. unterliegt der Pflicht, sich satzungsgemäß zu verhalten. Bei den Anlage-Aktivitäten ist darauf zu achten, dass Vermögen/Kapital für die Arbeit und die Ziele des BSK e.V. erhalten und erweitert wird. Es darf keine Anlage mit Totalverlust gemacht werden. Das Vermögen ist unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit, Rentabilität und Wirtschaftlichkeit anzulegen.

Transparenz

Bei allen Investitionen und Anlageentscheidungen ist Transparenz zu gewährleisten. Der Jahresabschluss wird beim BSK e.V. jährlich offengelegt und im Tätigkeitsbericht des BSK e.V. veröffentlicht. Der Tätigkeitsbericht ist bis zum 31. Juli eines jeden Jahres erstellt.

Des Weiteren erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung im Bundesvorstand und einmal jährlich gegenüber der Delegiertenversammlung.

A) Im Bundesverband

1. Jugendarbeit

Die Jugendarbeit im Bundesverband soll weiterentwickelt und institutionalisiert werden. Daher ist geplant, eine Stelle zum Aufbau entsprechender Strukturen in Dresden zu schaffen. Gleichzeitig soll eine Projektstelle in Berlin geschaffen werden, um in einer Vorlaufphase zu prüfen, ob auch hier die Jugendarbeit dauerhaft eingebunden werden kann.

2. Sozialpolitik und Interessenvertretung

2.1 Das Jahr 2014 steht weiterhin im Zeichen der Barrierefreiheit auf den Fernbuslinien. Mit verschiedenen Akteuren wird an einem Lastenheft für Fernbusse gearbeitet, das Mitte des Jahres vorgestellt werden soll.

Gleichzeitig soll im Herbst 2014 eine Meldestelle für Fahrgäste von Fernbussen eingerichtet werden, um den Prozess der Barrierefreiheit auch als Verbraucherschutzverband weiter aktiv zu begleiten und die gesetzlichen Vorgaben zu prüfen.

2.2 Im Rahmen der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention werden weiter die Schwerpunkte Bewusstseinsbildung (Artikel 8) Barrierefreiheit (Artikel 9) und Gesundheit (Artikel 25) verfolgt. Der Bundesvorstand sieht in diesen Punkten die Kernaufgaben des BSK.

2.3 Im Rahmen der Bewusstseinsbildung wird für die Europawahl 2014 eine Wahlhilfebroschüre erstellt, damit Menschen mit Behinderung aktiv an der Politik teilhaben können. Die Reform der Eingliederungshilfe bzw. das Bundesleistungsgesetz werden Thema bei BSK im Dialog in Berlin sein. Fachleute diskutieren mit interessierten Gästen und Mitgliedern über eine Weiterentwicklung zu einer echten Teilhabe und weg vom Fürsorgeprinzip.

Daneben finden im Rahmen der 5. Mai-Aktion von Aktion Mensch eine Unterschriftenaktion, eine Demonstration vor dem Brandenburger Tor, viele Veranstaltungen der Untergliederung und ein Filmprojekt zum Thema „Soziale Teilhabe in der Arbeitswelt – Mindestlohn für Werkstattangehörige“ statt.

2.4 Heidi Hauer und Rüdiger Fabian arbeiten weiterhin aktiv im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) mit und bringen die Sichtweise von Menschen mit Behinderung ein.

Vor allem die Reform der Pflegeversicherung wird durch den BSK begleitet werden, damit Menschen mit einer Körperbehinderung nicht durch die Reform benachteiligt werden.

2.5 In der BSK-Repräsentanz Berlin wird es personelle Veränderungen geben, u. a. wird Julia Walter, die in diesem Jahr ihr Studium Verbandsmanagement beenden wird, dort die Arbeit verstärken.

2.6 Der BSK e.V. bietet für seine Mitglieder und Ehrenamtlichen wieder Schulungen zu den Themen „Selbstbestimmt in allen Lebenslagen“, „Stärkung der Selbsthilfe in der Praxis“

und „Rollstühle: gut und sicher versorgt“ an. Daneben findet erneut eine Schulung für hauptamtliche Mitarbeiter/-innen der Untergliederungen in Krautheim statt, um die Zusammenarbeit weiter auszubauen.

3. Medien und Kommunikation

Der BSK wird wieder am Gemeinschaftsstand der BAG Selbsthilfe auf der REHACARE (Düsseldorf) vertreten sein. Daneben wird er sich auf der IRMA (Internationale Reha- und Mobilitätsmesse) in Bremen und auf der Verbrauchermesse Mai-Markt in Mannheim einem interessierten Fachpublikum präsentieren.

Die Broschüre „ABC Rehabilitation“ wird nach einigen Jahren völlig neu überarbeitet, den gesetzlichen Regelungen angepasst und als neue Version erstmalig auf der REHACARE vorgestellt.

4. Zentrale Dienste

Die Entwicklung des BSK-Gästehauses zu einem zeitgemäßen und barrierefreien Haus geht auch im Jahr 2014 weiter. Der Aufzug wird in das Dachgeschoss verlängert; auch erhalten vier weitere Zimmer eigene barrierefreie Bäder.

Das Wohnhaus Eduard-Knoll-Str. 17 wird weiter saniert: Die energetische Sanierung und die Sanierung der Versorgungsleitungen (Strom, Wasser) stehen hier im Vordergrund.

Weiter ist geplant, Wärmedämmmaßnahmen am 8-Familien-Haus in der Eduard-Knoll-Str. 26/28 durchzuführen.

Eine große Aufgabe ist sowohl für den BSK als auch für das Eduard-Knoll-Wohnzentrum (EKWZ) die Übertragung des Gebäudes „EKWZ“ an das EKWZ. Damit sollen klare Strukturen geschaffen werden, so dass das EKWZ das Gebäude zukünftig in Eigenregie verwalten wird.

B) In den Tochtergesellschaften

1. Eduard-Knoll-Wohnzentrum (EKWZ)

Das EKWZ wird ab Mitte des Jahres 2014 das Gebäude „EKWZ“ vom BSK übernehmen.

2. Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfB)

Große Veränderungen stehen in den Werkstätten an. Nachdem der bisherige Geschäftsführer, Burkhard Wegner, zum Jahresanfang 2015 in Rente gehen wird, steht die Suche nach einem Nachfolger an, der dann ab Herbst seine Arbeit beginnen wird.

3. BSK-Reisen GmbH

Die BSK-Reisen GmbH wird neben der REHACARE in Düsseldorf auch auf der IRMA in Bremen und auf dem Mai-Markt in Mannheim vertreten sein. Wie in jedem Jahr findet der Europäische Reiseassistenz-Workshop zum Thema barrierefreies Reisen in Krautheim statt.

Vor allem wird mit dem Start der neuen Homepage das Reiseangebot im Internet übersichtlicher und Kunden/-innen

haben die Möglichkeit, sich zuhause in Ruhe Reisen auszuwählen. Natürlich steht weiterhin die persönliche Beratung im Vordergrund.

C) In den verbundenen Gesellschaften

Hohenloher Integrationsunternehmen (HIU)

Der Aufbau der Wäscherei, vor allem die technische Ausstattung, hat mehr Zeit benötigt als erwartet. Daher wird der Start der Wäscherei erst im Frühjahr 2014 sein. Dort werden mindestens zwei weitere Arbeitsplätze von Mitarbeiterinnen mit Behinderung geschaffen.

Gleichzeitig soll die Entwicklung im Bereich Essensversorgung weiter vorangetrieben werden.

D) In den Landesverbänden/ Landesvertretungen

Baden-Württemberg

Der Landesverband wird zwei Projekte starten: Zum einen werden Inklusionsbegleiter geschult und für ehrenamtlich Engagierte eingesetzt. Zum anderen wird eine Wanderausstellung gestartet mit dem Thema „Barrierefreiheit im Sozialraum erlebbar machen“. Um diese zusätzlichen Aufgaben stemmen zu können, wird der bisher ehrenamtlich geführte Landesverband durch die hauptamtliche Mitarbeiterin Inge Stickle verstärkt.

Bayern

Der Landesverband wird sich schweren Herzens zum Jahresende aus der Trägerschaft der Pflegeeinrichtung Haus Hahnenkamm zurückziehen. Dieser Schritt war aufgrund der veränderten Situation in der Pflegelandschaft und beim Kos-

tenträger notwendig. Dadurch ist es nicht mehr möglich, das Haus Hahnenkamm wirtschaftlich zu führen.

Brandenburg

Lutz Mikolaschek wird als stellvertretender Leiter der Landesvertretung den Leiter Michael Wolter beim Aufbau in Brandenburg unterstützen.

Niedersachsen

Der BSK-Bereich Selbsthilfe Körperbehinderter Hannover und Umgebung e.V. plant den Kauf und barrierefreien Umbau eines Wohnhauses für Menschen mit Körperbehinderung. Das barrierefreie Wohnprojekt „Villa MitMensch Calenberger Land“ wird ein gemeinschaftliches, ambulant unterstütztes Wohnprojekt für sieben Menschen mit Körperbehinderung sein. Die Villa MitMensch wird ambulant betreutes Wohnen sowohl für Paarwohnen als auch für Gemeinschaftswohnen anbieten.

Saarland

Im Rahmen einer Protestaktion wird die Landesvertretung zusammen mit anderen Verbänden auf die mangelnde Barrierefreiheit beim Max-Ophüls-Festival aufmerksam machen. Diese Aktion wird durch das Förderprogramm „Miteinander gestalten“ von Aktion Mensch gefördert.

Da die Landesvertretung in den letzten zwei Jahren sehr dynamisch gewachsen ist, ist geplant, diese zu einem eigenständigen Landesverband weiter zu entwickeln.

Im Jahr 2014 werden folgende Jubiläen gefeiert

- BSK-Bereich Hannover – 45 Jahre
- BSK-Bereich Wiesbaden/Niedernhausen – 30 Jahre



Bundesverband
Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V.

Impressum

Herausgeber:
Bundesverband Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V.
Postfach 20, 74236 Krautheim
Telefon: 06294 4281-0
Fax: 06294 4281-79
info@bsk-ev.org, www.bsk-ev.org

Redaktion:
Denise K. Hartmann, Uli Mannsbart,
Isabella Savic, Ulf-D. Schwarz

Layout:
Christine Großkinsky
www.gestalterei.net

Titelfoto: BSK
Fotos Innenteil: BSK-Archiv
Wappen istockphoto.com

Druck:
WfB, Krautheim

Stand:
Juni 2014

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft
Konto-Nr.: 7 702 100
BLZ: 601 205 00
BIC: BFSWDE33STG
IBAN: DE76 6012 0500 0007 7021 00

Sprachliche Gleichstellung

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen gelegentlich auf die gleichzeitige Verwendung von weiblicher und männlicher Form verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen, sofern es sich nicht aus dem Kontext anders ergibt, beziehen sich gleichermaßen auf Frauen und Männer.

Mitgliedschaften





eduard knoll
wohncentrum



**Bundesverband
Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V.**